

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Dominice Häni: Die «Forensic Nurse» ist den Opfern nah. Seite 20

Rojda Aslan wurde zwangsverheiratet und von ihrem Mann brutal geschlagen. Jetzt will der Kanton Solothurn die Gastroarbeiterin und ihre kleine Tochter ausschaffen. **Zynische Begründung: Sie ist trotz Arbeit arm!**

Schweiz brutal

Seite 3



Nicht ohne Lohnschutz

Die SGB-Delegierten machen klar, was es braucht, damit sie zu den neuen Verträgen mit der EU Ja sagen können. Seite 5

O weh, DPD!

Der «DPD-Kurier» ist formal oft gar keiner. Jetzt wehrt sich ein Fahrer in Winterthur vor Gericht. Seite 2

Achtung, BVG!

Was wo im Pensionskassen-Ausweis steht und warum es wichtig ist, diesen genau zu lesen. Der work-Ratgeber. Seiten 16-17



workedito
Anne-Sophie Zbinden

BRANDGEFÄHRLICHE MÄRCHEN

Was für eine erbärmliche Politik, die dieser Tage ach so starke Männer und wenige Frauen zelebrieren: Auf dem Buckel von schutzsuchenden und mittellosen Menschen zementieren sie ihre Macht. Eine Schande ist das. Klar ist da Trump, der mit seinen ausländerfeindlichen Abschreckaktionen herumtobt. Klar ist da die AfD, die mit Nazi-Parolen um sich schlägt. Doch warum in die Ferne schweifen, wo der Schrecken liegt so nah?

FEEN. Die SVP, flankiert von der FDP und der Wirtschaftselite, tut genau das hier in der Schweiz, je länger, je schamloser. Mit Begriffen wie «Asylchaos» oder «Asylschmarotzer» hetzen sie

Das «Asylchaos» ist ein Sturm im Wasserglas.

ruchlos gegen alles Fremde. Und wiederholen à gogo das Märchen, dass sich all unsere Probleme wie von Feenhand lösen, wenn wir nur

endlich die «Ausländer» los sind. Wer dann noch putzen, pflegen, betreuen oder bauen soll, ist egal. Hauptsache, die Ideologie stimmt.

TODSÜNDE. Weniger platt, aber nicht minder plakativ sagte es Economie-Suisse-Präsident Christoph Mäder kürzlich im NZZ-Interview: «Die Probleme im Vollzug des Asylwesens belasten die Zuwanderungsdiskussion.» Probleme im Asylwesen gibt es, ja: den widerlichen Status F, der Menschen jahrelang in der Schwebe lässt; menschenunwürdige Zustände in den Asylunterkünften; traumatisierte Menschen, viele minderjährig, ohne jegliche psychologische Unterstützung usw. Doch diese Probleme meint Mäder wohl nicht. Er meint vor allem die «Wirtschaftsmigration», eine Todsünde aus rechtsbürgerlicher Sicht. In dieser Logik hat niemand das Recht, in einem fremden Land eine bessere Zukunft zu suchen. Was auch mitschwingt, ist die von rechtsaussen geschürte Rhetorik, dass Flüchtlinge prinzipiell suspekt sind.

DRUCK. Mit diesem fremdenfeindlichen Programm sind die SVP und ihre Sympathisanten jetzt auch im Bundesrat durchmarschiert. Das zeigte sich zuletzt unappetitlich klar bei seiner Antwort auf die «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP. Diese Initiative ist brandgefährlich. Für Schutzsuchende und für die gesamte Bevölkerung. Sie will faktisch die Abschaffung des Flüchtlingsstatus. Und wenn die Zahl der Einwohner und Einwohnerinnen 10 Millionen erreicht, fordert sie die Aufhebung der Personenfreizügigkeit und damit auch der flankierenden Massnahmen. Schweizer Löhne kämen unter Druck, und die Arbeitsbedingungen würden massiv verschlechtert.

KUSCHELKURS. Der Bundesrat lehnt die Initiative zwar ab, doch was Innenminister Beat Jans letzte Woche als Antwort auf die Initiative präsentiert hat, ist ein Kuschelkurs mit Rechtsaussen: eine Verschärfung der Asylpolitik. Zur Erinnerung: Die Zahl der Asylanträge ist seit 2015 kontinuierlich gesunken. 2024 wurden knapp 26 000 Asylgesuche gestellt. Das ist nicht mal ein halbes Prozent der Gesamtbevölkerung. Und die Schweiz ist heute für viele Asylsuchende nicht mehr Ziel- sondern Transitland, schreibt das Staatssekretariat für Migration (SEM). Das «Asylchaos» ist also ein Sturm im Wasserglas.

HEBEL. Und trotzdem setzt der Bundesrat genau da den Hebel an: Er will die Zahl der Asylgesuche senken, mehr Menschen ausweisen. Konkret will er prüfen, ob Menschen ohne Chance auf Asyl vom eigentlichen Asylverfahren ausgeschlossen werden könnten. Und gezielter und regelmässiger als heute sollen die Behörden untersuchen, ob vorläufig aufgenommene Menschen nicht doch in ihre Heimat zurückkehren müssen. Durch solche Massnahmen werden die Löhne nicht besser, keine Wohnung wird günstiger, kein einziger Stau wird aufgehoben, kein bisschen weniger CO₂ ausgestossen, keine Landschaft geschützt. Sie lösen kein einziges der drängenden Probleme. Das ist einfach mutlos erbärmliche Politik.

Peter Veslar wehrt sich vor Gericht gegen das «System DPD» Ausgebeutet, verletzt, fallengelassen

Den Preis für das Geschäftsmodell des Paketdienstes DPD zahlen Kurierinnen und Kurier mit meist miserablen Arbeitsbedingungen bei Subunternehmen. Nun geht ein Kurier in Winterthur vor Gericht.

IWAN SCHAUWECKER

Dingdong! Wenn ein DPD-Kurier vor der Tür steht, ist die Chance gross, dass er nicht bei der DPD, sondern bei einem von etwa 65 Subunternehmen des DPD-Konzerns in der Schweiz angestellt ist. (So funktioniert das «System DPD»: rebrand.ly/system-dpd.)

Zum Beispiel Peter Veslar (45). Er arbeitet für die Act GmbH, ein Subunternehmen der DPD mit Sitz in Winterthur. Bei seinem Probetag im Oktober 2023 hatte man ihm 80 Stops pro Arbeitstag versprochen, doch in der Realität waren es dann täglich meist fast doppelt so viele Lieferungen. Veslar chrampfte bis zu 13 Stunden pro Tag. Er sagt: «Besonders vor Weihnachten waren die Arbeitstage unglaublich lang, aber die meisten Überstunden hat man mir nie ausbezahlt.»

AUTO KAPUTT, KNIE KAPUTT

Für den Vollzeitjob erhielt er einen Bruttolohn von 3800 Franken, plus einen Bonus von 400 Franken. Im Januar des letzten Jahres geriet Veslar in eine Kontrolle der St. Galler Polizei. Der Lieferwagen wurde wegen fehlender Betriebssicherheit aus dem Verkehr gezogen und Veslar verzeigt. Veslar sagt zu diesem Vorfall: «Die klemmende Fahrertür war sehr mühsam, und ich war froh, dass ich nicht weiter mit diesem kaputten Auto rumfahren musste. Die Busse habe ich dann meinem Arbeitgeber gegeben.»

Die DPD-Pakete, die Veslar auslieferte, waren manchmal nicht nur schwer, sondern

auch sehr sperrig. Veslar sagt: «Bei der Lieferung eines solchen grossen Pakets habe ich mir das Knie verletzt.»

KEIN LOHN MEHR

Wegen der Verletzung musste Veslar drei Wochen pausieren. Doch bei der Rückkehr zur Arbeit kamen auch die Schmerzen zurück, und Veslar wurde Mitte Mai 2024 krankgeschrieben. Nach Einschätzungen der Suva waren die Schmerzen jedoch nicht die Folge des Arbeitsunfalls, sondern auf frühere gesundheitliche Probleme zurückzuführen. Ab diesem Moment zahlte die Act GmbH keinen Lohn mehr und antwortete auch nicht mehr auf Veslars Anrufe. Veslar war verzweifelt, pleite und musste einen Kleinkredit aufnehmen. Seine Lohnausweise zur Überprüfung des Anspruchs auf Krankentaggelder forderte er vergebens ein. Auch eine Kündigung hatte er nicht erhalten, weshalb er sich nicht beim RAV anmelden konnte.

DIE FORDERUNG

Deshalb wandte er sich im Herbst an die Unia. Lukas Auer von der Unia Ostschweiz-Graubünden sagt: «Wir for-

dern nun die ausstehenden sechs Monatslöhne, das sind fast 30 000 Franken.» Beim Termin vor der Friedensrichterin in Winterthur tauchte der Chef der Act GmbH jedoch nicht auf, angeblich wegen Krankheit.

FALSCHES VERSPRECHEN

Lukas Auer sagt: «Solche Arbeitgeber spekulieren in der Regel darauf, dass die ausländischen Opfer in ihre Heimat zurückkehren und sie so ihre Lohnschulden nicht mehr bezahlen müssen.» Die meisten der zwölf ehemaligen Arbeitskollegen von Veslar stammen ebenfalls aus Osteuropa. Auer sagt: «Viele dieser Arbeiter werden mit falschen Versprechen in die Schweiz gelockt und ausgebeutet. Es gibt auch Fahrer, die mussten schon im Lieferwagen übernachten.»

DPD HÄLT SICH RAUS

DPD Schweiz schreibt auf Anfrage von work, dass DPD nicht Partei im Schlichtungsverfahren sei. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere im Bereich Sozialversicherungen und Arbeitssicherheit, liege in der Verantwortung der Subunternehmen. Im Fall der Act GmbH sei kein systematischer Betrug festgestellt worden.

Der betroffene Subunternehmer war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Bis zur Gerichtsverhandlung könnte es nach dem Schlichtungsverfahren noch bis zu einem Jahr dauern. Unia-Mann Auer sagt: «Wenn die Firma in einem solchen Verfahren konkursgeht, muss die Allgemeinheit die ausstehenden Lohnzahlungen übernehmen.» Peter Veslar würde dann immerhin seinen Lohn erhalten und könnte den ausstehenden Kredit zurückzahlen. Und die Paketfirma DPD Schweiz, die täglich bis zu 100 000 Pakete ausliefert, hätte die Verantwortung und den Schaden erneut erfolgreich ausgelagert. Ganz getreu dem «System DPD».



MUSSTE EINEN KREDIT AUFNEHMEN: Ex-Kurierfahrer Peter Veslar. FOTO: RAJA LÄUBLI

Prix Engagement für die Arbeiterinnen und Arbeiter von Micarna Einen besseren Sozialplan erstreikt

Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Micarna in Ecublens VD haben im Frühjahr 2024 gestreikt. Die Unia verleiht ihnen für ihren Mut und ihren Zusammenhalt den Prix Engagement. work hat mit einer Arbeiterin der Fleischfabrik gesprochen.

IWAN SCHAUWECKER

Diane Audille* war am Streik bei Micarna in Ecublens VD beteiligt. Sie sagt: «Die Schliessung des Standorts konnten wir nicht verhindern, aber immerhin wird jetzt geschaut, dass alle eine passende Stelle und wenn möglich eine Anschlusslösung innerhalb der Migros-Gruppe finden.» Fast alle der 83 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Audille haben sich damals Ende Februar 2024 vor der Fleischfabrik im Vorort von Lausanne versammelt und während fünf Tagen gestreikt (work berichtete: rebrand.ly/micarna-streik).

STREIK WIRKT. Audille sagt: «Draussen in der Kälte zu ste-



HABEN SICH ERFOLGREICH GEWEHRT: Die Búezerinnen und Búezer der Fleischfabrik. FOTO: KEYSTONE

hen, das war anstrengend und auch psychisch schwierig, da half nur noch tanzen.» Am Anfang des Streiks war der Sozialplan miserabel, und als Alternativen wurden einzig Jobs im weit entfernten Schlachthof von Courtepin im Kanton Freiburg angeboten. Micarna zeigte sich auch nicht gesprächsbereit und setzte Temporäre als Streikbrecher ein. Dank dem Streik konnte dann aber doch noch eine Ausweitung des Sozialplans erkämpft werden. Audille sagt: «Besonders enttäuscht sind wir vom Kanton

Waadt – er ist völlig einseitig auf der Seite der Migros gestanden und hat uns Arbeiterinnen im Stich gelassen.» Ohne die Hilfe von Gewerkschaften und der Öffentlichkeit würden die Mitarbeiterinnen von den grossen Unternehmen wie der Migros einfach zum Schweigen gebracht. Die Micarna-Arbeiterin sagt: «Wie leben jetzt im 21. Jahrhundert, aber wir müssen aufpassen, dass das Rad der Zeit nicht zurückgedreht wird.»

NICHT ANS MIGROS-FEST. Nicole Vasalli von der Unia Waadt sagt:

«Die meisten der jüngeren Arbeiterinnen und Arbeiter haben inzwischen eine Arbeit gefunden, aber für die Älteren über 50 bleibt es schwierig.» 18 Personen sind weiterhin auf Stellensuche, und Ende Mai wird die Fabrik in Ecublens definitiv geschlossen. Die Migros feiert Ende August zum 100-Jahr-Jubiläum ein grosses Fest mit allen Angestellten der Migros-Gruppe. Audille sagt: «Da werde ich sicher nicht hinreisen, aber ich hoffe, dass wir Streikenden von Micarna auch mal unser eigenes Fest feiern können.»

Prix Engagement: Das waren die Nominierten

Neben dem Micarna-Kollektiv waren auch die Streikenden des Kinderkleiderladens Bamboli, das Foxtown-Kollektiv im Tessin und das Team Ristorante Vacanze Romane in Interlaken für den Prix Engagement 2024 nominiert. Die Unia würdigt mit dem Preis jedes Jahr Gruppen oder Personen, die sich besonders mutig für ihre Arbeitsrechte einsetzen. (isc)

* Name geändert

SOLL DIE SCHWEIZ VERLASSEN, WEIL SIE ARM IST:
Rojda Aslan* wird von den Schweizer Behörden
im Stich gelassen. FOTO: MATTHIAS LUGGEN



ISTANBUL-KONVENTION: BUNDESGERICHT PENNT

Keinen Monat nachdem das Bundesgericht die Wegweisung von Rojda und Berfin Aslan bekräftigt hatte, setzte der Bundesrat eine Gesetzesänderung in Kraft, die in die genau gegenteilige Richtung weist. Im Sommer 2024 hatte das Parlament nämlich beschlossen, die ausländerrechtliche Situation von Opfern häuslicher Gewalt zu verbessern. Seit 2025 können sich im Regelfall alle Ausländerinnen und Ausländer von ihrem gewalttätigen Partner trennen, ohne den Verlust der Aufenthaltsbewilligung zu befürchten. Einen solchen Anspruch hatten bisher nur Familienangehörige von Schweizerinnen und Schweizern sowie von Personen mit einer Niederlassungsbewilligung (Ausweis C). Damit ist der jahrelange Vorbehalt der Schweiz zur Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen Geschichte.

INITIATIVE. Aktuell läuft zudem das Vernehmlassungsverfahren zur Umsetzung der Initiative «Armut ist kein Verbrechen» von SP-Nationalrätin Samira Marti. National- und Ständerat haben dieser zugestimmt. Damit dürften künftig ausländische Personen nicht mehr wegen Sozialhilfebezugs ausgewiesen werden, es sei denn, sie hätten ihr Arbeitspotential ungenügend genutzt, um sich von der Sozialhilfe zu lösen. (jok)

Nach Zwangsheirat, Gewaltehe und Todesdrohungen:

Richter wollen Mutter mit Kind ausschaffen

Gastroarbeiterin Rojda Aslan* (38) gelang die Flucht aus einer Ehe voller Gewalt. Dann brauchte sie Sozialhilfe. Jetzt soll sie deshalb mit Tochter Berfin* (11) die Schweiz verlassen. Der Uno-Kinderrechtsausschuss ist alarmiert.

JONAS KOMPOSCH

Rojda Aslans* Rettung kommt an Heiligabend 2024. Aber nicht vom Himmel, sondern aus Genf, wo das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte einen brisanten Entscheid gefällt hat: Die Schweiz darf Aslan und ihre Tochter Berfin* vorläufig nicht ausschaffen. Vielmehr muss sie sich bis Mitte Juni vor dem Uno-Kinderrechtsausschuss erklären. Die Massnahme richtet sich gegen einen Entscheid des Bundesgerichts. Dieses hatte erst letzten November der Vorinstanz vollumfänglich recht gegeben, wonach die «Entfernungsmassnahme» gegen Mutter und Tochter nötig und rechtens sei. Bei der Uno bestehen nun aber offenbar erhebliche Zweifel, ob die Schweiz in diesem Fall die Kinderrechtskonvention eingehalten habe.

Keine Zweifel hat Jurist Sven Kury. Zusammen mit dem Zürcher Migrationsrechtsexperten Marc Spescha verteidigt er die Rechte von Unia-Mitglied Aslan gegenüber den Behörden. Kury sagt: «Bei Sozialhilfebezügern verfolgt das Bundesgericht generell eine sehr strenge Praxis, aber dieses Urteil hat mich schlicht schockiert.»

Besuch in Zuchwil bei Solothurn. Hier wohnen Mutter und Tochter in einer schlichten

Blockwohnung. Berfin ist gerade vom Schwimmunterricht zurückgekommen und sitzt jetzt zufrieden auf dem Stubensofa. Stolz erzählt sie work von ihren Kraul-Fortschritten. Und sie zeigt ihre beiden Wellensittiche. «Die hat mir die Nachbarsfamilie geschenkt», strahlt das Mädchen.

VERHEIRATET ALS DREIZEHNJÄHRIGE

Doch dann muss sie den Raum verlassen. Sie soll nicht dabei sein, wenn ihre Mutter die ganze Wahrheit erzählt. Sätze sagt wie: «Es begann am zweiten Tag nach Berfins Geburt.»

Die 38jährige stammt aus einer mausarmen kurdischen Region in der Türkei. Aufgewachsen ist sie mit fünf Geschwistern. Die Mutter Näherin, der Vater Lastwagenfahrer, beide Analphabeten. Auch Aslan hat nie eine Schule besucht. Schon als 13jährige wird sie verheiratet. Mit 18 gebiert sie eine Tochter, später einen Sohn. Was sie über ihren Mann damals denkt? «Danach hat nie jemand gefragt», sagt sie. Doch nach zehn Jahren Zwangsehe hält sie es nicht mehr aus. Es kommt zur Scheidung. Obwohl ihr klar ist, dass sie damit getrennt wird von ihren Kindern.

FLUCHT INS FRAUENHAUS

Aslan lernt einen neuen Mann kennen, einen politischen Aktivist, ständig verfolgt vom Staat. Nach einer Haftstrafe gelingt ihm die Flucht in die Schweiz, die ihm seither Asyl gewährt. Aslan ist hin und her gerissen. Soll sie ihrem Verlobten folgen? 2012 tut sie es. «Es war sehr hart», sagt sie heute, «hier kannte ich niemanden, verstand kein Wort und war von meinen Liebsten getrennt.» Doch Aslan heiratet erneut und bringt in Solothurn Berfin zur Welt. Dann beginnt «es».

«Zuerst hat er mich nur beschimpft und beleidigt», erzählt Aslan. Aber bald sei ihr neuer Mann gewalttätig geworden. Immer häufiger, immer brutaler, vier Jahre lang. Sie lebt völlig isoliert. Was genau sie in dieser Zeit durchmacht, will sie nicht öffentlich machen. Die Lektüre der

Gerichtsakten ist jedenfalls nur schwer erträglich. Im Sommer 2017 kommt es fast zum Äussersten. Doch Aslan gelingt die Flucht ins Frauenhaus. Berfin nimmt sie mit. «Das Frauenhaus war meine Rettung!» ist sie überzeugt. Dort habe sie endlich durchatmen können und ihre Rechte kennengelernt. Zudem sei für Berfin und sie psychologische Hilfe organisiert worden. Aslan lässt sich scheiden, bemüht sich um Jobs, findet sie in Imbiss- und Reinigungsbuden, stockt bald auf ein 70-Prozent-Pensum auf. Sie besucht täglich einen Deutschkurs und kümmert sich auch noch um die traumatisierte Berfin. Mit ihrem Ex-Mann re-

Für Berfin käme die Ausschaffung einer Katastrophe gleich.

gelt sie die Besuchszeiten für die gemeinsame Tochter. Bis heute pflegt Berfin eine enge Beziehung zu ihrem Vater. Damit könnte die Geschichte enden. Doch das Migrationsamt des Kantons Solothurn wittert nach der Scheidung eine Chance.

MIGRATIONSAMT: «KEIN HÄRTEFALL»

Kurz nach ihrem Aufenthalt im Frauenhaus muss Aslan nämlich eine Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis) beantragen. Sie rechnet mit einer flotten Erledigung, so wie dies bis anhin stets der Fall gewesen war. Doch diesmal hält sie der Amtsschimmel über fünf Jahre hin – und lehnt dann ab: Aslan wird aufgefordert, die Schweiz zu verlassen. Und zwar innert 50 Tagen. Ihre Tochter, obwohl im Besitz einer Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis), habe sie gleich mitzunehmen. Schliesslich liege die Obhut bei ihr. Das Gesetz gewähre geschiedenen Ausländerinnen und Ausländern zwar Aufenthalt, wenn die Ehe mindestens drei Jahre gedauert habe. Was bei ihr der Fall sei. Doch Voraussetzung sei zudem eine erfolgreiche Integration. Oder aber wichtige persönliche Gründe wie eheliche Gewalt. Und diese Bedingungen seien nicht erfüllt. Aktenkundig sei

nämlich «nur» die Gewalttat kurz vor ihrer Flucht. Ihre übrigen «Schilderungen» seien «sehr vage und allgemein». Zwar möge ihre Ehe «nicht einfach» gewesen sein, doch ein Härtefall sei nicht zu erkennen. Zumal sie «nicht ansatzweise» genug integriert sei. Begründet wird dies mit «massiven» und «selbstverschuldeten» Sozialhilfekosten, die sie seit ihrer Ankunft generiert habe. Und weil eine Besserung bei ihrem gegenwärtigen Gastrolohn «nicht realistisch» sei. Eine Rückkehr in die Türkei aber sei zumutbar. Denn dort habe Aslan ja Verwandte, und die «kulturellen Gepflogenheiten» kenne sie auch. All das beschied ihr der Kanton Solothurn am 8. März 2023, dem Internationalen Frauentag.

DROHUNG AUS DER TÜRKEI

Die Wegweisung ist für Rojda Aslan ein Schock: «Ich konnte kaum mehr schlafen und hatte Todesangst.» Denn in der erzkonservativen Gegend, aus der sie komme, werde eine arme, geschiedene Frau nicht akzeptiert. Eine zweifach geschiedene Frau aber sei quasi Freiwild. Tatsächlich fängt «es» bereits wieder an: Weil Aslan mit ihren Kindern aus erster Ehe telefoniert hat, erfuhr ihr erster Ex-Mann von der möglichen Ausschaffung. Aslan: «Kürzlich hat er angerufen und gesagt: «Du wirst schon sehen, was ich mit dir mache.»»

Und dann Berfin... Für sie käme die Ausschaffung einer Katastrophe gleich, ist Aslan überzeugt. Weil alles wegbrechen würde, was ihr jetzt Halt gebe: ihre Schulfreundschaften, ihre Geburts- und Heimatstadt Solothurn, die Traumatherapie, die pädagogische Unterstützung und nicht zuletzt ihr Vater, den sie liebe. Jurist Sven Kury sagt dazu: «Die Kinderrechtskonvention verpflichtet die Schweiz, das übergeordnete Kindesinteresse vorrangig zu berücksichtigen. Doch hier haben die Behörden und Gerichte das Kindesinteresse einfach ausgeblendet.» Eine Verurteilung der Schweiz durch den Uno-Kinderrechtsausschuss hält er daher für wahrscheinlich. work bleibt dran.

*Namen geändert

Knast für Schweizer Rohstoffhändler

BELLINZONA. Es ist ein historisches Urteil: Erstmals verurteilt ein Schweizer Gericht einen Rohstoffhandelskonzern wegen Korruption. Trafigura zahlte für Ölförderlizenzen fünf Millionen Dollar Schmiergelder an den früheren Leiter der staatlichen Ölgesellschaft von Angola. Das Bundesstrafgericht in Bellinzona sprach Trafigura und drei Personen schuldig. Ein ehemaliger Top-Manager des Genfer Handelskonzerns muss für ein Jahr ins Gefängnis. Die NGO Public Eye, die den Korruptionsfall vor über zehn Jahren publik machte, fordert die Schaffung einer Aufsichtsbehörde für den Rohstoffhandelssektor in der Schweiz.

Wallis will Prämien der Krankenkassen deckeln

SION. Progressive Parteien und die Gewerkschaften lancieren im Wallis eine kantonale Initiative zur Begrenzung der Krankenkassenprämien auf maximal 10 Prozent des Einkommens. Die Prämien-Entlastungs-Initiative war im vergangenen Juni auf nationaler Ebene an der Urne mit 55 Prozent Nein-Stimmen gescheitert. Doch die Walliserinnen und Walliser sahen das damals anders und haben der Initiative mit 53 Prozent Ja-Anteil zugestimmt.

Verfahren gegen Migros-Internetshop

PRATTELN/BREMGARTEN. Die Arbeitsinspektorate der Kantone Baselland und Aargau haben in den Lagerhäusern des Migros-Internetshops Kontrollen durchgeführt und Mängel festgestellt. Die Arbeitsinspektorate machten der Migros in der Folge Auflagen zur Verbesserung der Arbeitsprozesse. Mitarbeitende berichteten, dass



MANGELHAFT: Die Arbeitsbedingungen beim Migros-Online-Shop. FOTO: PD

die gesetzliche Gewichtsgrenze von 31 Kilo beim Anheben von Waren regelmässig überschritten wird. Die Unia kritisiert zudem die Bonusprogramme, die in den Logistikzentren der Migros den Leistungsdruck erhöhen.

Konkurs der Depot-Ladenkette

FRAUENFELD. Die auf Innendekoration spezialisierte Ladenkette Depot meldete Ende Januar Konkurs an. Die 34 Filialen von Depot in der Schweiz sind seither geschlossen. Für die ungefähr 300 Mitarbeitenden der Ladenkette läuft ein Konsultationsverfahren, aber es wird voraussichtlich zu einer Massenentlassung kommen. Wegen Direktimporten von Online-Händlern aus China steht die Branche unter einem immer grösseren Preis- und Konkurrenzdruck.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Im Tessiner Casino herrscht Streikstimmung



ARBEITEN TAG UND NACHT: Die Croupiers im Casino in Mendrisio, hauptsächlich Frontalieri, setzen sich mit der Unia für die Erneuerung ihres GAV ein. FOTO: CASINO ADMIRAL

Unter den 21 Spielbanken der Schweiz gehört das Casino Admiral in Mendrisio TI zu den grössten und profitabelsten Häusern: Der Verlust der Spielerinnen und Spieler lag 2023 bei 74,1 Millionen Franken – damit war der Gewinn des Tessiner Casinos 11 Prozent höher als im Vorjahr! Möglich machen diesen Rekordgewinn auch die rund 240 Mitarbeitenden, fast ausschliesslich Frontalieri aus dem nahen Italien. Sie arbeiten Tag und Nacht. Schliesslich wird im «Admiral» täglich bis 5 Uhr morgens gezockt, an Wochenenden sogar bis 7 Uhr. Bisher nahm die Belegschaft solche Arbeitszeiten in Kauf, weil

Die Geschäftsleitung hat den GAV überraschend gekündigt. Seither braut sich etwas zusammen.

die Verdienstmöglichkeiten verhältnismässig gut sind – dank einem Sonderfall: Das «Admiral» ist nämlich das letzte Schweizer Casino mit einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV)! Ausgehandelt worden ist dieser erstmals 2007 mit der christlichsozialen Gewerkschaft OCST. Doch Mitte Januar kündigte die «Admiral»-Geschäftsleitung den Vertrag überraschend auf Ende 2025. Und seither braut sich was zusammen in Mendrisio. Über hundert Angestellte des Casinos haben sich bei der Unia eingeschrieben mit der Bitte, bei der Erneuerung des GAV zu helfen. Von einem neuen GAV will die Casino-Leitung bisher aber nichts wissen und macht Druck auf engagierte Mitarbeitende.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/mendrisio)
rebrand.ly/mendrisio

Massenproteste in Serbien

Seit drei Monaten wird in Serbien gegen die Regierung von Präsident



TAUSENDE AUF DEN STRASSEN: work-Redaktorin Darija Knežević berichtet über die Massenbewegung in Serbien. FOTO: WORK

Vučić demonstriert. work-Redaktorin Darija Knežević erklärt im Video, wie es dazu kam und was die Protestierenden in Serbien fordern.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/serbien)
rebrand.ly/serbien

Junge Frauen und Männer driften weiter auseinander

Eine neue Meinungsumfrage der SRG zeigt grosse Unterschiede bei den politischen Einstellungen von jungen Frauen und Männern in der

Schweiz. Insbesondere bei der Frage nach der Gleichstellung von Mann und Frau driften die Meinungen zwischen den Geschlechtern stark auseinander. 58 Prozent der jungen Männer denken, dass Frauen und Männer in der Schweiz gleich behandelt werden. Währenddessen 75 Prozent der jungen Frauen dem widersprechen. 57 Prozent der jungen Frauen gaben an, selbst schon einmal wegen ihres Geschlechts diskriminiert worden zu sein. Bei der Frage, ob Stress und Tempo am Arbeitsplatz immer mehr Menschen überfordern, gab es hingegen mehr Einigkeit: 91 Pro-



UNEINIG: Insbesondere in der Gleichstellungsfrage gehen die Meinungen bei jungen Frauen und Männern weit auseinander. FOTO: CANVA

zent der jungen Frauen und 79 Prozent der jungen Männer teilen diese Einschätzung.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/srg-umfrage)
rebrand.ly/srg-umfrage

So holen Sie work auf Ihr Handy



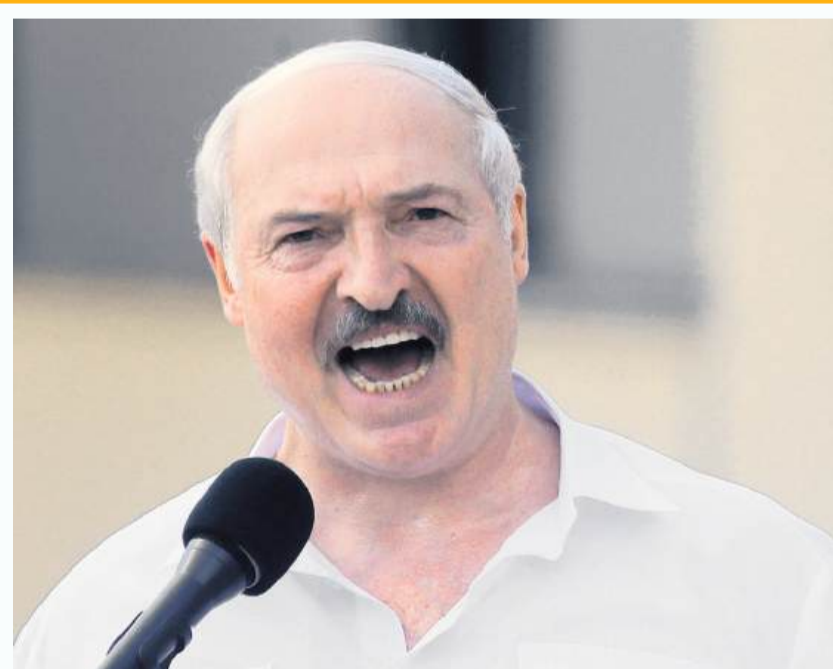
Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!



SKRUPELLOS: Alexander Lukashenko lässt in Belarus keine echten Wahlen zu. FOTO: KEYSTONE

Lukaschenko ist über 30 Jahre an der Macht Gemeinsam gegen die Diktatur in Belarus

Nach den grossen Protesten im Wahljahr 2020 nahm die Repression gegen Oppositionelle und unabhängige Gewerkschaften in Belarus stark zu. Die Gegnerinnen und Gegner von Alexander Lukaschenko landeten im Gefängnis oder mussten fliehen. Ende Januar liess sich der Diktator und Vertraute von Vladimir Putin für weitere fünf Jahre im Amt bestätigen. Sichtbaren Widerstand gegen das Regime

gibt es nur noch ausserhalb von Belarus, zum Beispiel von Alex Vashkevich. Er stammt aus der belarussischen Hauptstadt Minsk und lebt im Exil in Zürich. Mit dem Verein Razam.ch («Gemeinsam») setzt er sich gegen die Diktatur in seiner Heimat ein.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/razam)
rebrand.ly/razam



KEIN JA OHNE LOHNSCHUTZ: Die Delegierten des SGB gehen bei den Löhnen und dem Service public keine Kompromisse ein. FOTO: YOSHIKO KUSANO

Delegierte des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)

Ohne Lohnschutz kann es kein Ja geben

Die Gewerkschaften unterstützen die Öffnung gegenüber der EU – wenn sie den Lohnabhängigen nützt und nicht schadet. Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Lohnschutz nicht gesichert.

CLEMENS STUDER

Die Haltung der Gewerkschaften ist seit Jahren klar und konzis: Der SGB unterstützt den bilateralen Weg, wenn die Löhne und der Service public gesichert sind. Die Personenfreizügigkeit mit wirksamen flankierenden Massnahmen ist eine gewerkschaftliche Erfolgsgeschichte, auch weil sie das Ende des unmenschlichen Saisonierstatuts brachte. Lohnschutz und Personenfreizügigkeit statt Diskriminierung und sinnlose «Schutzklauseln» sind im Interesse der Arbeitnehmenden in der Schweiz. Auch für die Arbeitsplätze und die Löhne sind gute und geregelte wirtschaftliche Beziehungen mit der EU wichtig.

ERNSTHAFTE PROBLEME

Der Bundesrat erklärte die Verhandlungen mit der EU am 20. Dezember 2024 für abgeschlossen. Und die Verhandlungsziele für erreicht. Das sehen die Gewerkschaften aus guten Gründen anders. Die bis jetzt verfügbaren Informationen zeigen, dass Lohnschutz und der Service public mit dem neuen Abkommen in Gefahr sind. Besonders gefährlich: Die Übernahme der EU-Spesenregelung könnte bei Arbeitnehmenden in der Schweiz je nach Branche zu Einkommensverlusten von mehreren Hundert bis mehreren Tausend Franken im Monat führen. Und eine geplante Lockerung der Kautionspflicht für Unternehmen schwächt den Schutz vor Lohndumping. Die Kautionspflicht hat heute eine präventive Wirkung. Wenn zukünftig eine Kautionspflicht nur noch im Wiederholungsfall geleistet werden müsste, geht dieser Schutzmechanismus gegen zwielichtige und halbkriminelle Firmen verloren. Heute werden jährlich 500 bis 1000 unseriöse Betriebe mit Dienstleistungssperren von der Schweiz ferngehalten.

«Wir werden hart verhandeln.»

SGB-PRÄSIDENT PIERRE-YVES MAILLARD

Lockering der Kautionspflicht für Unternehmen schwächt den Schutz vor Lohndumping. Die Kautionspflicht hat heute eine präventive Wirkung. Wenn zukünftig eine Kautionspflicht nur noch im Wiederholungsfall geleistet werden müsste, geht dieser Schutzmechanismus gegen zwielichtige und halbkriminelle Firmen verloren. Heute werden jährlich 500 bis 1000 unseriöse Betriebe mit Dienstleistungssperren von der Schweiz ferngehalten.

DIE FORDERUNGEN

Damit die Bilateralen III den Lohnabhängigen im Land nützen und nicht schaden, müssen für die Delegierten des SGB mehrere Punkte erfüllt sein. Die Verschlechterungen im Verhandlungsergebnis im Vergleich zum Status quo müssen mit in-

nenpolitischen Kompensationsmassnahmen korrigiert werden. In einer Resolution verlangen die SGB-Delegierten unter anderem:

- Neu sollen nur Firmen Aufträge erhalten, die auch korrekte Löhne zahlen. Dazu sollen die digital vorhandenen Informationen aus den Lohnkontrollen genutzt werden. Zudem sollte die Schweiz eine solidarische Auftraggeberhaftung einführen.
- Schärfere Instrumente gegen zwielichtige Firmen: Erstunternehmen müssen die Bussen für Subunternehmen zahlen, wenn sie nicht vorher überprüft haben, ob die Subunternehmen Schweizer Löhne zahlen. Zudem sollen unkooperative Firmen die Arbeiten unterbrechen müssen.
- Die Bearbeitungszeiten der Kantone für die Meldungen müssen spürbar verkürzt werden.
- In der Schweiz müssen Schweizer Spesen bezahlt werden. Der SGB fordert den Bundesrat auf, dieses Thema im Abkommen nachzuverhandeln. Wenn das nicht gelingt, muss diese Selbstverständlichkeit in den Schweizer Gesetzen klar festgehalten werden. Auch damit das Bundesgericht in einem allfälligen Streitfall nicht falsch entscheidet.
- Die schlechende Erosion beim Lohnschutz muss gestoppt werden. Die Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) müssen an die heutige Realität angepasst werden. Insbesondere das Arbeitgeberquorum ist heute viel zu hoch.
- Der Erlass zwingender Normarbeitsverträge (NAV) muss erleichtert werden für jene Bereiche des Arbeitsmarkts in denen es mangels repräsentativer Arbeitgeberverbände nicht möglich ist, GAV abzuschliessen oder allgemeinverbindlich zu erklären.
- Wenn Berufstätige, die sich für die Rechte der Arbeitnehmenden einsetzen, besser gegen Kündigungen geschützt sind, verbessert sich auch der Lohnschutz. Deshalb braucht es einen besseren Kündigungsschutz, der auch die völkerrechtlichen Mindestnormen der ILO erfüllt.
- Geregelte Strombeziehungen mit der EU sind auch aus Sicht der Gewerkschaften sehr wichtig. Die dafür geplante Liberalisierung des Strommarktes lehnen die Gewerkschaften jedoch ab.
- Bei der möglichen Öffnung des internationalen Personenfernverkehrs auf der Schiene verlangen die Gewerkschaften, dass die ausgehandelten Absicherungen vollumfänglich autonom umsetzbar sind. Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen jederzeit sichergestellt sein. Das Kooperationsmodell muss weiter zulässig, die Tarifintegration gewährleistet und die Trassenvergabe unter Schweizer Hoheit garantiert sein.
- Auch für die Aktualisierung des Luftverkehrsabkommens gilt: Lohnschutz und flankierende Massnahmen gelten auch hier und müssen durchgesetzt werden.

Vereint: Unterstützung aus Europa



FOTO: KEYSTONE

Esther Lynch, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), grüsste die Delegierten per Videobotschaft. Und die war klar und deutlich: Der EGB unterstützt die kritische Beurteilung des Abkommens durch die Schweizer Gewerkschaften. Der EGB teilt insbesondere die Besorgnis über die nachteiligen Auswirkungen dieses Abkommens auf die Rechte der Arbeitnehmenden in der Schweiz. Das Abkommen schwächt die Schutzmechanismen gegen Lohndumping erheblich. Es führt sogar neue Regeln ein, die einen unlauteren Wettbewerb auf Kosten aller Arbeitnehmenden in der Schweiz unabhängig von ihrer Nationalität ermöglichen. Lynch wörtlich: «Der EGB steht fest an der Seite der Schweizer Gewerkschaften, wenn es um die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte und die Aufrechterhaltung starker öffentlicher Dienstleistungen geht.»

- Der Bund muss wirksam sicherstellen, dass die derzeit existierenden Beihilfen beziehungsweise Fördermassnahmen und Subventionsinstrumente im Service public auch künftig und langfristig abgesichert sind.

SO GEHT'S WEITER

Der Bund hat Verhandlungen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern zugesagt. Doch bis jetzt weigern sich die Arbeitgeberverbände aus ideologischen Gründen, mit innenpolitischen Massnahmen den Lohnschutz und den Service public zu sichern. Das ist unverantwortlich. Die Verhandlungen beginnen in den nächsten Tagen und sollten bis im Frühling beendet sein. Der Bundesrat will die innenpolitischen Massnahmen danach zusammen mit dem vollständigen Abkommenstext in die Vernehmlassung geben. Das Parlament beginnt kaum vor Ende Jahr mit der Beratung. Die endgültige Haltung zum EU-Abkommen werden die Gewerkschaften erst nach diesen Verhandlungen und den Parlamentsentscheiden festlegen. Das letzte Wort wird das Stimmvolk haben. Die Abstimmung dürfte frühestens 2027 stattfinden.

SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard brachte die Ergebnisse der Delegiertenversammlung und das jetzt Folgende so auf den Punkt: «Das Abkommen verschlechtert den Lohnschutz. Nun braucht es Gegensteuer. Wir werden hart verhandeln. Das Ziel ist, eine Lösung zu finden, die den Arbeitnehmenden nützt und nicht schadet.»



Laura und die Sauerei

In meinem Laden messen wir momentan an einigen Tagen acht Grad Raumtemperatur. Zum Glück unterbrechen sonnige Tage unsere frostigen Schichten, aber im Winter hier zu arbeiten ist nicht lustig: Alle zwei Minuten flucht eine Kollegin händerreibend über die Kälte,



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

der Wasserkocher läuft ununterbrochen. Ein anderer Mitarbeiter joggt schon fast durch den Laden, um sich warm zu halten. Und ich laufe im Lager manchmal mit der Wollmütze rum. Ich habe auch schon erlebt, dass ein Gspönli aus Petflaschen wärmende Bettflaschen gemacht hat, um an der Kasse nicht sitzend zu erfrieren.

Bei uns im Team läuft ein Challenge, wer die meisten Kleiderschichten unter der Arbeitskleidung anhat. Unsere Arbeitskleidung ist nicht für diese Temperaturen gedacht. Wir haben dünne Hemden, ein Gilet und eine leicht gefütterte Jacke zu Verfügung. That's it.

HIMMELTRAURIG. Die Grundeinrichtung lässt allgemein langsam zu wünschen übrig. Der Laden ist nicht nur schlecht isoliert, sondern auch viel zu eng für das ganze Sortiment. In den letzten Jahren hat sich allein in meiner Brotabteilung das Sortiment verdoppelt und ich habe in meinem begehren Tiefkühler kaum mehr Platz zum Atmen. Ich weiss oft nicht, wohin mit den Lieferungen. Doch damit nicht genug: In der kleinsten Garderobe sind die meisten Spinde kaputt. Unser frostiger Aufenthaltsraum ist vollgestellt mit Kartons, die Wände volltapeziert mit Infos. Fenster gibt es keine. Himmeltraurig, dieser Raum.

SCHMUDELIG. Noch trauriger ist der «Pausenplatz» für Raucherinnen oder für alle, die noch ein paar Sonnenstrahlen erhaschen wollen. Der Platz im Hinterhof riecht regelmässig nach Urin und ist ständig voller Abfall. Obwohl wir immer wieder putzen, um nicht im Dreck stehen zu müssen, sieht es nach ein paar Tagen wieder schlimm aus. Nein, das ist kein schöner Arbeitsplatz, alles ist extrem schmutzig. Aber meine Gspönli machen es leichter, über die unschönen Bedingungen wegzusehen. Ich hoffe sehr, dass bald etwas Geld investiert wird, damit wir gesund, motiviert und erfolgreich weiterarbeiten können.

Am 9. Februar stimmen Baselland und Solothurn ab

Vernünftige Gewerbler werben für kantonale Mindestlöhne

Gegen Löhne, die zum Leben reichen, laufen in den Kantonen Baselland und Solothurn die üblichen Hungerlohn-Koalitionen aus Verbandsideologen und rechten Parteien Sturm. Doch an der Gewerbe-Basis und beim Freisinn gibt es auch andere Stimmen.

CLEMENS STUDER

Dominique Becht ist Miteigentümer der Solomania GmbH im solothurnischen Welschenrohr. Die Solomania produziert unter anderem Teigwaren und Dörrbohnen. Er sagt: «Unternehmerinnen und Unternehmer, die den Mindestlohn nicht bezahlen können, haben kein nachhaltiges Geschäftsmodell und profitieren auf Kosten der Ärmsten. Faire Löhne führen zu weniger Sozialhilfekosten für Kanton und Gemeinden.»

Arbeitgeberverbände treten mit viel Geld gegen die Initiative an.

Becht ist Mitglied des Gastro-, Gewerbe- und Unternehmenskomitees für den kantonalen Mindestlohn. Im Kanton Baselland engagiert sich gar der ehemalige FDP-Präsident und Unternehmer Paul Hofer für den Mindestlohn. Er sagte der «Basler Zeitung»: «Unser System verträgt einen Mindestlohn. Die Initiative ist sachlich, überhaupt nicht kommunistisch, links oder Juso, wie zum Teil kolportiert wird.»

Die Fakten

Die Argumente für einen Mindestlohn sind tatsächlich einfach und klar: Wer 100 Prozent arbeitet, soll von seinem Lohn leben können. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch noch immer bekommen Hunderttausende Arbeitnehmende in der Schweiz weniger als 4000 Franken Monatslohn für einen 100-Prozent-Job ausbezahlt.

Aber Arbeitgeberideologen wollen keine Mindestlöhne. Nicht in Gesamtarbeitsverträgen, nicht in der Bundesverfassung, nicht in Kantonsverfassungen, nicht in Städten. Geht es um nationale Mindestlöhne, sehen sie den Föderalismus verletzt. Geht's um kantonale Mindestlöhne, sehen sie die Kantone gegenüber Nachbarkantonen benachteiligt.

Alte Behauptungen

Und genau mit diesen Nicht-Argumenten bekämpfen sie jetzt auch in den Kantonen Basel-Landschaft und Solothurn die kantonalen Mindestlöhne. In beiden Kantonen kann das Volk am 9. Februar darüber abstimmen, ob auch bei ihnen ein 100-Prozent-Job zum Leben reichen soll. Hinter den Initiativen stehen die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien.



« Unser System verträgt einen Mindestlohn. »

« Unternehmerinnen, die den Mindestlohn nicht bezahlen, haben kein nachhaltiges Geschäftsmodell. »

« Mindestlöhne ermöglichen einen fairen Wettbewerb, in dem die Qualität im Vordergrund steht. »

FOTOS: ZVG

Arbeitgeberverbände und die Parteien von ganz bis halb rechts treten mit viel Geld dagegen an. Und mit längst widerlegten Argumenten. Die lauten: Der kantonale Mindestlohn sei ein «Jobkiller». Arbeitsplätze für wenig qualifiziertes Personal würden in umliegende Kantone ohne Mindestlohn oder ins Ausland abwandern.

Klare Studien...

Für den Mindestlohn in Genf konnten gleich zwei Studien im Auftrag des Kantons keinen wesentlichen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit nachweisen. Selbst bei jungen Beschäftigten ohne Lehre finden sich keine besorgniserregenden Auswirkungen. Auch der Tessiner Mindestlohn kann nicht mit höherer Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht werden. Er erhöhte aber die tiefsten Löhne merklich, wie eine neue Untersuchung der Universität der italienischen Schweiz zeigt. Ein plausibler Erklärungsansatz: Arbeitgeber bezahlen besonders im Tieflohnbereich weniger Lohn, als sie sich eigentlich leisten könnten. Denn hier haben die Lohnabhängigen nur wenige Job-Alternativen.

... und ein Wunsch-Papier

Die Studien sind also klar (work berichtete: rebrand.ly/mindestloehne-wirken). Das ärgert natürlich die Fans von Dumping-Löhnen. Und so haben sie sich eine passende «Studie» bestellt und bezahlt. Geliefert hat diese Conny Wunsch vom Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel. Wunschgemäss steht darin: Bei einem Mindestlohn werden Firmen Arbeitsplätze abbauen und die Preise erhöhen. Blöd nur: Die Umfrage

ist nicht im geringsten repräsentativ. Sie basiert auf Aussagen von Firmen, die sich selber gemeldet haben – nachdem die die «Studie» finanzierenden Firmen den Link dazu über ihre Newsletter verteilt hatten. Und: Ob die Antworten stimmen oder wenigstens plausibel sind, wurde nicht überprüft. Dafür reichte das Geld der Wirtschaftsverbände offenbar nicht.

Ja aus der Gewerbe-Basis

Während Verbandsideologen und bürgerliche Politikerinnen gegen Mindestlöhne auf allen Ebenen Sturm laufen, melden sich also Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Praxis zu Wort und werben für ein Ja. Im Kanton Solothurn zum Beispiel auch Bodenleger-Gewerbler Stefan Schaad. Er sagt: «Durch gerechte Löhne wird nicht nur die Eigenverantwortung gefördert, sondern auch die lokale Wirtschaft gestärkt, indem die Kaufkraft erhöht und regionales Wachstum gefördert wird.» Hotelier Rolf Trechsel ergänzt: «Unternehmen, die bereits faire Löhne zahlen, erhalten durch einen Mindestlohn gleiche Bedingungen. Dies ermöglicht einen fairen Wettbewerb, in dem die Qualität im Vordergrund steht.»

Am 9. Februar hat das Stimmvolk dies- und jenseits des Hauensteins die Wahl zwischen den widerlegten Angstsenarien der Hungerlohn-Koalitionen oder der Selbstverständlichkeit, dass ein 100-Prozent-Job für ein Leben ohne Sozialhilfe reichen muss.

Wie die Mindestlohn-Initiativen ausgestaltet sind, ist unter sp-so.ch/kampagne/mindestlohn-initiative und unter mindestlohn-baselland.ch nachzulesen.

UPDATE:

ZÜRICH UND WINTERTHUR VOR BUNDESGERICHT, BERN IST AUF GUTEM WEG

Im Jahr 2023 haben die Zürcherinnen und die Winterthurer mit grossen Mehrheiten Ja gesagt zu Löhnen, die zum Leben reichen. Das passt den rechten Parteien und den Gewerbeverbänden nicht. Sie verzögern die Umsetzung der Volksentscheide mit juristischen Mitteln. Beim Bezirksrat als erster Instanz ohne Erfolg. Doch die rechte Mehrheit einer Verwaltungsgerichtskammer unter dem Vorsitz des FDPlers Reto Häggi unterstützte die von Mitte-Nationalrätin Nicole Barandun angeführte klagende Hungerlohn-Koalition. Die Städte Winterthur und Zürich zogen jetzt den Richterschied gegen ihre Stimmbewölkerungen weiter ans Bundesgericht.

GÜLTIG. Auch in der Stadt Bern ist die Initiative für einen städtischen Mindestlohn klar zustande gekommen – obwohl zwischenzeitlich 1600 Unterschriften auf der Stadtverwaltung verschwunden waren. Unterdessen hat die Stadtregierung die Initiative für gültig erklärt. Nach erneuten juristischen Abklärungen hält die Berner Stadtregierung fest: «Die Initiative ist mit dem übergeordneten Recht vereinbar.» Für den Erlass des Mindestlohnreglements ist der Stadtrat (Parlament) zuständig. Zu einer Volksabstimmung kommt es damit nur, falls der Stadtrat die Vorlage ablehnt, ein Gegenvorschlag erarbeitet wird oder das fakultative Referendum ergriffen werden sollte. (cs)

Die Regierung hat den Bogen überspannt

Röntgen-Streik im Spital Freiburg!

Am Kantonsspital Freiburg sind die medizinischen Radiologie-Technikerinnen und -Techniker in den Streik getreten. Weil die Regierung auf taub macht.

ALINE ANDREY*

Der Streik am Kantonsspital Freiburg geht weiter! Das beschlossen am 4. Februar die 80 medizinischen Radiologietechnikerinnen und -techniker, die die Bewegung tags zuvor losgetreten hatten. Sie streiken weiter, da die Kantonsregierung auf Fragen der Streikenden nicht reagiert hat. Und auch eine Resolution mit der Forderung zur «sofortigen Aufnahme von Verhandlungen» blieb unbeantwortet. Die Technikerinnen und Techniker fordern zusammen mit der Gewerkschaft VPOD die Rücknahme eines Beschlusses der Regierung. Diese hatte den Beruf materiell bewusst abgewertet. Die Radiologietechnikerinnen verdienen jetzt schlechter als etwa Primar-

schullehrer oder Sozialarbeiterinnen. Das soll sich ändern. Sie fordern eine Erhöhung der Lohnkategorie um zwei Stufen. Legitimiert sehen sich die Streikenden nicht zuletzt durch ihre zunehmende Verantwortung und den steigenden Druck, der von der Regierung ignoriert werde. Der VPOD betont: «Jeden Tag betreuen die Radiologietechniker Patienten, deren Leben auf dem Spiel steht.» Zudem erinnert die Gewerkschaft daran, dass die Radiologietechniker nur 1 Prozent der Gesundheitsfachkräfte ausmachen, aber 82 Prozent der Patienten in Notaufnahmen und auf Intensivstationen betreuen. Sogar 100 Prozent seien es bei den onkologischen Fällen.

Realitätsferne Regierung

Die Resolution kritisiert auch die «völlig realitätsferne» Haltung der Regierung. Diese sei offenbar der Ansicht, dass die Kommunikationsaufgaben der Radiologietechniker vergleichbar mit jener in einer Hotel-



KNICKEN NICHT EIN: Die Radiologie-Technikerinnen und -Techniker des Kantonsspitals Freiburg. FOTO: THIERRY PORCHET

rezeption seien. Dabei gehe es im Spital nicht um Hotelgäste, sondern um schwerkranke Menschen und präzise Anweisungen der Ärztinnen und Ärzte. Ausserdem verstehe die Regierung nicht, dass diese Fachkräfte oft mehrere Aufgaben gleichzeitig ausführen und in äusserst komplexen und stressigen Situationen bestehen müssten. Dass daneben noch Prak-

tikanten und Lernende ausgebildet werden müssen, habe die Regierung erst recht nicht auf dem Schirm.

Breite Unterstützung

Die Streikenden werden von anderen Beschäftigten des Gesundheitswesens, mehreren Gewerkschaften, darunter der Unia, und linken Parteien unterstützt. Am Dienstagmor-

gen wurden sie auch von SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard ermutigt.

Der Staatsrat sieht den Streik weiterhin als unzulässig. Doch der VPOD und sein Präsident, der aufs Streikrecht spezialisierte Anwalt Christian Dandrès, erinnerten letzte Woche daran, dass «alle im Gesetz über das Staatspersonal des Kantons Freiburg vorgesehenen Bedingungen erfüllt» seien. Erstens weist die Gewerkschaft darauf hin, dass das Schlichtungsorgan am 17. Januar eine Nichteinigungsurkunde ausgestellt hat, nachdem sich die Regierung geweigert hatte, mit dem Personal in einen Dialog zu treten. Zweitens werde ein Mindestdienst, wie ihn das Personalgesetz verlangt, gewährleistet. Notfälle und wichtige Behandlungen seien vom Streik nicht tangiert. Und drittens handle es sich um einen «absolut verhältnismässigen» Streik.

* Aline Andrey ist Redaktorin bei der französischsprachigen Unia-Zeitung «L'Événement syndical».

Somedia Distribution: Ein mieser Lohn und Abrechnungen, die niemand versteht

Dieser Mindestlohn ist blanker Hohn

Als Zeitungsverträger im Kanton Glarus erhält Martin Weiss nur gerade 15 Franken Lohn pro Stunde, manchmal noch weniger. Dabei gilt in der Branche ein Mindestlohn. Für die Postcom als Aufsichtsbehörde scheint alles in Ordnung zu sein.

CHRISTIAN EGG

Sein Wecker klingelt, wenn die letzten Nachtschwärmer ins Bett gehen. Nachts um halb eins steht Martin Weiss* auf. Heute ist Donnerstag, da gibt's besonders viel zu tun. Neben der Tageszeitung «Südostschweiz» verteilt er donnerstags auch noch den «Fridolin», die Wochenzeitung im Kanton Glarus. Um zwei Uhr hat er seinen Handwagen vollgeladen und startet seine Tour. Ein «Chrampf» sei das im Winter, wenn Schnee liege, sagt Weiss. «Auch bei Regen macht die Arbeit keinen Spass. Aber von etwas muss ich ja leben.» Morgens um halb sieben muss die letzte Zeitung ausgeliefert sein, sonst gibt's Reklamationen.

Weiss arbeitet für die Somedia Distribution, eine Tochterfirma des Verlags, der die «Südostschweiz» herausgibt. Weil sie Zeitungen ausliefert, fällt die Firma unter das Postgesetz

Die Somedia hält meist nicht einmal den Mini-Mindestlohn ein.

und muss somit einen Mindestlohn einhalten. Der wird von der Aufsichtsbehörde Postcom festgelegt, aktuell liegt er bei 19 Franken pro Stunde. Das ist skandalös tief: Selbst wenn noch eine Entschädigung für fünf Wochen Ferien dazukommt, ergibt das einen Monatslohn von nicht einmal 3500 Franken. Kein Wunder, fordern die Gewerkschaften seit Jahren, dass die Postcom ihren Mindestlohn deutlich erhöht.

ER WILL ES WISSEN

Aufzeichnungen und Dokumente von Martin Weiss zeigen jetzt: Die Somedia hält meistens nicht einmal diesen Mini-Mindestlohn ein. Ihre Lohnberechnungen sind intransparent. Und die Postcom macht zwar Kontrollen. Es ist aber fraglich, ob sie dabei die tatsächlichen Löhne und Arbeitszeiten der Zustellerinnen und Zusteller in Erfahrung bringt.

Weiss hat für Juli bis Dezember letztes Jahr seine Arbeitszeit berechnet, Tag für Tag. Das muss er selber tun, da die Somedia die geleistete Zeit nicht erfasst. Er sagt: «Ich kenne diese Dienste in- und auswendig. Darum weiss ich, an welchem Wochentag ich wie lange brauche.» Zusätzlich hat er während zweier Monate täglich die Zeiten mit seiner Sportuhr aufgezeichnet.

PLÖTZLICH NUR 13 FRANKEN PRO STUNDE

Zusammen mit seinen Lohnabrechnungen, die work vorliegen, lässt sich der tatsächliche Stundenlohn ausrechnen. Im Schnitt liegt er bei 15 Franken 29. Nur in einem der sechs Monate hielt die Somedia den Postcom-Mindestlohn ein, und zwar ganz knapp: Stundenlohn 19 Franken und 3 Rappen. Im November 2024 waren es dagegen nur gerade 13 Franken pro Stunde – 6 Franken weniger als der (schon tiefe) Mindestlohn!

Wie die Somedia den Lohn berechnet und weshalb er von Monat zu Monat so stark schwankt, das ist unklar. Zwar erhalten die Zustellerinnen und Zusteller jeden Monat eine Liste. Sie enthält auf mehreren A4-Seiten pro Arbeitstag mehrere Einträge mit Bezeichnungen wie «Somedia», «Fridolin», «ungesteckter Auftrag» oder auch «Kilometerzuschlag», daneben jeweils einen Betrag zwischen 20 Rappen und gut 50 Franken. Alle Beträge addiert ergeben den Monatslohn. Die Somedia Distribution



ER CHRAMPFT FÜR EINEN MINILOHN: Martin Weiss trägt bei Wind und Wetter Zeitungen aus, doch von seiner Arbeitgeberin fühlt er sich über den Tisch gezogen. FOTO: MICHAEL SCHOCH

schreibt work, die Liste solle «Transparenz schaffen». Tut sie aber nicht. Denn was komplett fehlt, sind Angaben über die Arbeitszeit. Nur damit könnten Mitarbeitende kontrollieren, ob die Somedia richtig rechnet. Weiss sagt: «Wie mein Lohn zustande kommt, kann ich mir nicht erklären. Meinen Kolleginnen und Kollegen geht es genauso.»

Jan Hofer, Geschäftsführer der Somedia Distribution, schreibt auf Anfrage von work, die Arbeitszeit werde für jede Tour «täglich neu berechnet». Daraus ergebe sich, «mit dem geforderten Mindestlohn», der Lohn für die Tour. Wie die Firma die Touren berechnet, sagt er nicht. Auch nicht, ob sie kontrolliert, dass am Schluss alle mindestens 19 Franken pro Stunde erhalten.

WIE KONTROLLIERT DIE POSTCOM?

Hofer schickt ein Schreiben der Postcom mit, wonach die Somedia die Vorgaben zu den Arbeitsbedingungen einhalte. Wie genau die Postcom zu diesem Schluss kommt, geht aus dem Schreiben nicht hervor. Auch die Behörde wollte auf Anfrage dazu nichts Genaueres sagen. Offen-

bar verlässt sich die Postcom in ihren Kontrollen auf Angaben und Dokumente der kontrollierten Firmen.

Klar ist: Dumpinglöhne sind in der Zustellbranche keine Seltenheit. 2023 veröffentlichte die Onlinezeitung «Das Lamm» den Fall einer Frau aus dem Kanton Aargau, die für die Firma Quickmail Werbesendungen in die Briefkästen verteilte. Ähnlich wie Martin Weiss

Dumpinglöhne sind in der Zustellbranche keine Seltenheit.

hatte sie ihre Arbeitszeit notiert, und so konnte sie ihren Stundenlohn berechnen. Im ersten Monat betrug er 12 Franken. Mit der Zeit wurde sie schneller, so dass der Stundenlohn etwas stieg. Aber auf mehr als 18 Franken pro Stunde sei sie nie gekommen, so die Frau. Auch bei der Quickmail führte die Aufsichtsbehörde Postcom eine Kontrolle durch. Und befand aufgrund der Unterlagen, die Quickmail zur Verfügung gestellt hatte: Die Firma habe «den Nachweis erbracht», dass sie den Mindestlohn einhalte.

Initiative im Aargau Lohngleichheit jetzt!

Frauen verdienen noch immer 16,2 Prozent weniger als Männer. Das soll sich im Kanton Aargau jetzt endlich ändern: mit einer Lohngleichheitsinitiative, die im Mai an die Urnen kommt.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Nächstes Jahr wird der Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung 45 Jahre alt. Und das Gleichstellungsgesetz 30jährig. Letzteres verbietet Diskriminierungen in allen Arbeitsverhältnissen und soll die Chancengleichheit im Erwerbsleben sicherstellen. Doch Grund zum Feiern wird es nicht geben. Denn noch immer verdienen Frauen 16,2 Prozent weniger als Männer. Das sind im Schnitt 1364 Franken weniger im Portemonnaie, jeden Monat! Und Frauen verdienen ganz einfach deshalb weniger, weil sie Frauen sind. In der Privatwirtschaft beträgt der sogenannte unerklärte Anteil des Lohnunterschiedes 44,9 Prozent. Das ist jener Anteil, der



AN DIE URNE: Im Aargau soll endlich Lohngleichheit gelten. FOTO: ARBEIT AARGAU

sich nicht durch strukturelle Benachteiligungen wie mangelnde Kita-Plätze oder Tieflohne in «Frauenbranchen» erklären lässt. Fast die Hälfte der Frauen verdienen also weniger als Männer in vergleichbaren beruflichen Positionen und mit vergleichbaren Ausbildungen.

KONTROLLE UND SANKTIONEN

Die vom Parlament 2019 verabschiedete Revision des Gleichstellungsgesetzes greift nicht. Diese hatte zum Ziel, den unerklärten Anteil zu beseitigen. Unternehmen ab 100 Angestellten wurden

Noch immer verdienen Frauen in der Schweiz 16,2 Prozent weniger als die Männer.

den dazu verpflichtet, eine Lohngleichheitsanalyse durchzuführen. Doch dies entspricht nur 0,84 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz. Und stellt ein Unternehmen grössere Differenzen fest, passiert: gar nichts. Deshalb hat «Arbeit Aargau», der Dachverband der Arbeitnehmendenverbände im Aargau, darunter auch die Unia, die Initiative «Lohngleichheit im Kanton Aargau – jetzt!» eingereicht. Sie kommt am 18. Mai an Urnen. Und das fordert die Initiative:

- Ausweitung der Lohnanalysen: Mit der Umsetzung der Initiative würde die Zahl der Unternehmen, die eine Lohnanalyse machen müssten, mehr als verdoppelt. Die Lohnanalysen sind mit wenig Aufwand verbunden, sie schaffen Transparenz und Vertrauen.

- Sanktionen bei Verstössen gegen die Lohngleichheit: Die heutige Praxis zur Überprüfung der Lohngleichheit ist zahllos. Ein Verstoß hat keine Konsequenzen. Das soll sich ändern.

- Eine Fachstelle für Gleichstellung: Die Initiative fordert, dass Gleichstellung, Diversität und Diskriminierungsschutz im viertgrössten Kanton der Schweiz wieder angemessen und professionell von einer Fachstelle gefördert werden. Die Fachstelle soll auch eine zentrale Rolle bei der Überprüfung der Lohngleichheitsanalysen wahrnehmen, in Zusammenarbeit mit der tripartiten Kommission.

* Name geändert

Giftmüll im Wallis Die Asbest- gefahr

In einer Walliser Deponie liegt hochgiftiger Asbestmüll unter freiem Himmel. Schuld daran sei ein Mitarbeiter, sagt der Chef.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Asbest ist tödlich. Bereits eine geringe Konzentration von Asbestfasern in der Luft kann das Risiko für verschiedene Erkrankungen wie Lungenkrebs, Tumor im Brust- oder Bauchfell (Mesotheliom) erhöhen. Diese Erkrankung, für die es keine Heilung gibt, tritt meist erst Jahre später in Erscheinung. Bis zu 150 Menschen sterben jährlich an den Folgen von Asbest.

Deshalb gelten strenge Regeln für den Umgang mit Asbest. Sanierungen dürfen nur von der Suva anerkannte Spezialunternehmen durchführen. Und für die Entsorgung gilt: Asbestabfälle müssen luftdicht verpackt und angeschrieben sein. Und sie dürfen nur in einer bewilligten Deponie entsorgt werden.



GEFÄHRLICH: Asbesthaltiges Material wurde im Wallis achtlos ausgeschüttet. FOTO: ZVG

In der Deponie Moos in der Nähe von Ried-Brig VS nehmen sie es mit den Vorschriften nicht so genau. Wir der «Blick» berichtete, wurden asbesthaltige Eternitplatten unverpackt auf die Deponie gekippt. Dass sich in der Böschung tatsächlich unbedecktes Asbest befindet, zeigen Proben, die an verschiedenen Orten auf der Deponie von Anwohnenden genommen wurden. Deshalb reichten diese eine Anzeige bei der Walliser Umweltchefin ein.

Renzo Theler ist Geschäftsführer der Firma Theler, die die Deponie betreibt. Er gibt zwar zu, dass die Lagerung nicht korrekt war, weist aber die Schuld von sich und auf einen Mitarbeiter, der den Asbestabfall aufgrund «eines Missverständnisses» den Hang hinuntergestossen habe.

Der Chef schiebt die Schuld auf einen Mitarbeiter.

Theler gelobt Besserung, und einen neuen Ablauf bei der Annahme von asbesthaltigem Material. Und er betont, dass für die Anwohnenden und Arbeiter kein Gesundheitsrisiko bestanden habe, da sich die Deponie im Freien befindet. Trotzdem ist für Martin Dremelj, Unia-Sektionsleiter im Wallis, klar: «Beim Umgang mit Asbest muss die Firma die Arbeitnehmenden schützen. Und ihnen nicht die Schuld an fehlbarem Verhalten in die Schuhe schieben.»

Asbestfonds: Hilfe ohne Bürokratie

Der Umgang mit der einstigen Wunderfaser Asbest hat leidvolle Folgen. Die Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer (EFA) unterstützt Betroffene sowie enge Angehörige und informiert Interessierte. Ein grosser Teil der Asbest-Todesfälle sind Arbeiterinnen und Arbeiter, die in den Unia-Berufen tätig waren: im Schreiner- und Elektrogewerbe zum Beispiel, im Bauhauptgewerbe und im Apparate- und Maschinenbau. Die Unia hat am runden Tisch, der den Entschädigungsfonds beschlossen hat, mitdiskutiert. (asz)

Privatisierte Sicherheit auf dem Buckel der Mitarbeitenden Security-Firmen: Bund und Kantone drücken die Preise

Ob in der Innenstadt, im Gefängnis oder im Asylzentrum: immer öfter setzt der Staat auf private Security-Firmen. Ob die Mitarbeitenden diesen Aufgaben überhaupt gewachsen sind, spielt keine Rolle.

CHRISTIAN EGG

Prellungen am Kopf, am Bauch und am Brustkorb sowie links am Arm und am Knie. Dazu drei lockere Zähne. Diese massiven Verletzungen fügten Security-Leute im Bundesasylzentrum Altstätten SG einem jugendlichen Bewohner zu. Erst nach drei Tagen konnte der 16-jährige das Kinderspital St. Gallen verlassen.

Der Vorfall ist einer von insgesamt sieben Gewaltfällen, die 2021 für Schlagzeilen sorgten. Die Vorwürfe richteten sich allesamt an Mitarbeitende von privaten Sicherheitsfirmen. Der Jugendliche in Altstätten hatte sich, so steht es im Rapport der Sicherheitsfirma, trotz mehrfacher Aufforderung geweigert, die damals geltende Maskenpflicht einzuhalten. Der ehemalige Bundesrichter Niklaus Oberholzer, der im Auftrag des Bundes

Wer das billigste Angebot macht, bekommt in der Regel den Auftrag.

des die Vorfälle untersuchte, kam zum Schluss: «Die diagnostizierten Verletzungen stehen in keinem Verhältnis zum Fehlverhalten.» Es sei «offensichtlich», dass die Security-Leute «unverhältnismässig» Gewalt angewendet hätten.

AUSBILDUNG: UNGENÜGEND

Dass der Bund die Sicherheitsaufgaben in den Asylzentren an private Firmen ausgelagert hat, bezeichnete Oberholzer als «eines der zentralen Probleme». Auch, weil die Ausbildung der Security-Leute mit der von Polizistinnen und Polizisten nicht zu



SCHLECHT AUSGEBILDET: Private Sicherheitsfirmen sparen oft bei der Ausbildung ihrer Mitarbeitenden, obwohl diese in ihrem Job eine grosse Verantwortung tragen. FOTO: ISTOCK

vergleichen sei. Während die Polizeischule zwei Jahre dauert, verpflichtet der aktuelle GAV die Sicherheitsfirmen lediglich zu einer minimalen Basisausbildung von 20 Stunden.

Neuen Zündstoff brachte diesen Januar eine Undercover-Recherche von Radio SRF. Eine Journalistin bewarb sich bei verschiedenen Sicherheitsfirmen. Ein Jobangebot erhielt sie unter anderem von der Firma b.i.g., in der Asylunterkunft in der Stadt Zürich. Was dann folgt, ist haarsträubend: Ohne ein Vorstellungsgespräch kann sie gleich mit der Arbeit anfangen. Die Firma verlangt keinen Strafregisterauszug, obwohl dies der Kanton Zürich allen Sicherheitsfirmen vorschreibt. Und eine richtige Ausbildung gibt's vor dem Start auch nicht.

ES BRAUCHT SOZIALKOMPETENZ

Dabei ist gerade ein Asylzentrum ein besonders sensibler Ort. Viele Geflüchtete sind traumatisiert, im Alltag kommt es nicht selten zu Spannungen. Und einige Bewohnerinnen

und Bewohner sind minderjährig und haben deshalb laut internationalem Recht Anspruch auf besonderen Schutz. In heiklen Situationen angemessen zu reagieren ist höchst anspruchsvoll und will gelernt sein. Sicherheitsleute, die den eidgenössischen Fachausweis der Branche erhalten möchten, müssen unter anderem beweisen, dass sie über eine gute Sozialkompetenz verfügen.

Doch wenn Bund und Kantone Sicherheitsaufgaben auslagern, sind solche Fähigkeiten kaum gefragt. Igor Zoric, bei der Unia für die Branche verantwortlich, liest regelmässig die Ausschreibungen, mit denen die öffentliche Hand etwa auch den Transport von Gefangenen oder Patrouillen in Parks und Strassen an private Firmen vergibt. Er sagt: «Unter den Kriterien, welche Firma den Zuschlag erhält, findet sich meist gar nichts zum Ausbildungsniveau der Mitarbeitenden. Am wichtigsten ist fast immer der Preis. Wer das billigste Angebot macht, bekommt in der Regel den Auftrag.»

Diese Politik kritisieren auch die Arbeitgeber. Pascal Cattilaz, Direktor des Branchenverbands VSSU, sagte gegenüber SRF: «Ausschreibungen, wo der Preis matchentscheidend ist, sind ein Riesenproblem. Wo kann eine Sicherheitsfirma sparen? Beim Lohn und bei der Ausbildung.»

WENN DER STAAT VERSAGT

Mit ihrer derzeitigen Praxis sind Bund und Kantone dreifach mitverantwortlich, wenn schlecht ausgebildete Security-Leute übermässig Gewalt anwenden. Wer Asyl beantragt, hat erstens ein Anrecht darauf, dass der Staat sie oder ihn vor Gewalt schützt. Zweitens vernachlässigen Bund und Kantone ihre Aufsichtsfunktion gegenüber den Firmen, die sie beauftragen. Und drittens verschärfen sie das Preis- und Lohndumping in der Branche, indem sie das billigste Angebot bevorzugen. Igor Zoric von der Unia: «Heute schafft der Staat einen Anreiz für Firmen, die Mitarbeitenden nur ganz rudimentär oder überhaupt nicht auszubilden. Nötig wäre das Gegenteil!»

Die dunkle Seite von «Love is Blind», «Bachelor» & Co. Haben Reality-Stars bald eine Gewerkschaft?

Millionen Menschen fiebern mit bei Reality-TV-Shows wie «Love is Blind», «Der Bachelor» oder «Temptation Island». Doch hinter den Kulissen sieht es düster aus.

JULIA NEUKOMM

Die Netflix-Show «Love is Blind» inszeniert die Suche nach der grossen Liebe als soziales Experiment: Singles lernen sich kennen, ohne sich zu sehen, verloben sich und entscheiden erst vor dem Traualtar, ob sie heiraten wollen. Während das Format weltweit erfolgreich ist, berichten ehemalige Teilnehmende von erschreckenden Arbeitsbedingungen: extrem lange Drehtage von bis zu 20 Stunden, mangelnde Verpflegung, Schlafentzug und gezielte Manipulation durch die Produktion. Alkohol wurde in grossen Mengen bereitgestellt, um Drama herbeizuführen. Zwei Frauen berichteten von sexuellen Übergriffen, während die Produktion untätig blieb. Wer die Show vorzeitig verlassen wollte, sah sich mit Vertragsstrafen von bis zu 50 000 US-Dollar konfrontiert.

Reality-TV-Darstellerinnen gelten offiziell nicht als Arbeitnehmende, sondern als «Teilnehmende» und haben keinen arbeitsrechtlichen Schutz und keine Gewerkschaft – im Gegensatz zu traditionellen Schauspielerinnen und Schauspielern, die ihre Interessen machtvoll über ihre Gewerkschaft Screen Actors Guild (SAG) durchsetzen (work berichtete: rebrand.ly/hollywoodstreikt).

DRUCK MIT SCHLAFENTZUG

In Deutschland deckte eine Recherche des SWR-Medienformats «Vollbild» ähnliche Missstände auf. Teilnehmende werden gezielt gecastet, um Drama zu erzeugen. Sie werden unter Druck gesetzt, manipuliert und mit Schlafentzug konfrontiert. «Einmal wurden die Teilnehmenden mitten in der Nacht mit Schlagermusik beschallt. Wenn sie gereizter und dünnhäutiger sind, ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass sie ausflippen», berichtete ein ehemaliges Produktionsmitglied. Auch sexuelle Übergriffe sollen stattgefunden haben – ohne ernsthafte



FALSCHER GLANZ: Die Produktionsfirma setzt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von «Love is Blind» massiv unter Druck. FOTO: NETFLIX

Konsequenzen für die Täter. In Deutschland und der Schweiz gibt es keine klare gesetzliche Regelung für Reality-TV-Teilnehmende. Sie werden meist als Freiwillige oder Selbständige betrachtet. Ihre Vergütung variiert stark: Während bekannte Namen hohe Gagen erhalten, gehen Erstteilnehmende oft leer aus. Schutz vor Ausbeutung gibt es nicht. Das könnte sich in den USA jetzt ändern. Die US-Arbeitsbe-

hörde entschied nämlich, dass die «Love is Blind»-Teilnehmenden als Arbeitnehmende einzustufen sind, und verklagte die Produktionsfirma. Dieser Fall könnte den Weg für eine gewerkschaftliche Organisation in der Branche ebnen. Sollten die Teilnehmenden künftig als Arbeitnehmende gelten, müssten die Produktionsfirmen ihre Konzepte überarbeiten, so dass sie nicht mehr auf Ausbeutung basieren.

Weil Meister die Unia fürchten – und nicht teilen wollen: Bodenleger-Dumping-GAV vor Bruchlandung



BODENLEGER UNTER DRUCK: Die Arbeitgeber wollen einen GAV erzwingen, der ihre Arbeitsbedingungen teils massiv verschlechtert. FOTO: SHUTTERSTOCK

Dank einem zweifelhaften Personalverband konnten sich die Bodenleger-Meister einen Billig-GAV schreiben. Er bedroht die Standards im ganzen Ausbaugewerbe. Doch das Verfahren rostet in Bundesbern. Und jetzt haben sich die Chefs noch selbst ein Bein gestellt.

JONAS KOMPOSCH

Mit einem Teilnehmerrekord habe man nicht glänzen können. Aber immerhin, die Stimmung sei «gut» gewesen. So lautet die Kürzestbilanz im Verbandsmagazin zur 106. Generalversammlung von Boden Schweiz, dem Arbeitgeberverband der Schweizer Bodenbelagsbranche. Die betreffende GV ging schon im April 2024 über die Bühne und blieb völlig unbeachtet – obwohl dort Bemerkenswertes passierte. Zum Beispiel war als Gastreferent Reiner Eichenberger eingeladen, ein SVP-naher Wirtschaftsprofessor von der Uni Freiburg. Er sollte erläutern, «warum Zuwanderung keine Lösung ist». Eine Lösung aber bräuchten die Bodenleger-Chefinnen und -Chefs dringend – und zwar für den eklatanten Fachkräftemangel.

ÖKONOM EICHENBERGER ÜBERRUMPELT GV

Auf Nachfrage bestätigt Boden-Schweiz-Präsident René Bossert: «Wir leiden stark unter dem Fachkräftemangel und den sinkenden Lehrlingszahlen.» Allein 2024 habe die Branche rund 30 Prozent weniger Lernende verzeichnet als noch 2023. Und: «Die meisten Verbandsaustritte verzeichnen wir wegen Geschäftsaufösungen infolge fehlender Nachfolger.» Das sind extreme Dimensionen, auch im Vergleich zum restlichen Baugewerbe. Kein Wunder, rekrutieren viele Firmen längst auch im Ausland. Doch eben das sei «keine Lösung», belehrte Eichenberger die GV. Stattdessen forderte der Professor etwas gänzlich Unerhörtes. Nämlich «eine markante Erhöhung der Löhne!» So steht es im GV-Protokoll. Eichenberger schlug daneben auch längere Arbeitszeiten vor. Und das griff das Verbandsmagazin enthusiastisch auf: «Ja, längere Arbeitszeiten und keine Viertagewoche!» Kein Kommentar findet sich zur Forderung nach markant mehr Lohn. So was hatte man vom rechten Ökonomen wohl schlicht nicht erwartet. Und schliesslich verfolgt der Verband längst ein Projekt, das in eine ganz andere Richtung weist.

SOZIALPARTNERIN OHNE AHNUNG UND BASIS

Im Sommer 2023 überraschte Boden Schweiz bekanntlich mit einem druckfrischen Gesamtarbeitsvertrag. Dieser soll den seit Jahrzehnten andauernden vertragslosen Zustand in der Deutschschweiz beenden. Das Problem: Unterzeichnet hatte den GAV ausgerechnet Angestellte Schweiz (AS),

Bodenlegerei: Vergleich Gesamtarbeitsverträge

	UNIA GAV Ausbaugewerbe Westschweiz (inkl. Bodenlegerei)	A Angestellte Schweiz Dumping-GAV Angestellte Schweiz / Boden Schweiz
Gültig in der	Westschweiz	Deutschschweiz, ohne Basel-Stadt
Arbeitszeit	Ø 41 Std./Woche	Ø 42,5 Std./Woche
Mindestlohn	Teamleiter Fr. 5971.– Mit EFZ nach der Lehre Fr. 5437.– Ungelernt Fr. 4636.–	Chefbodenleger Fr. 5400.– Mit EFZ nach der Lehre Fr. 4150.– Ungelernt Fr. 3750.– bis 4000.–
Mittagsentschädigung	18 CHF/Tag	Keine Regelung
Ferien	25 Tage, ab 50. Geburtstag: 30 Tage	Ab 20. Geburtstag: 20 Tage
Bezahlte Feiertage	9 Tage	Keine Regelung im GAV, Gesetz gilt: 1 Tag (1. August)
Überstunden	Überstunden werden mit 125% Lohn ausbezahlt	Kein Zuschlag für Überstunden
Samstagsarbeit	Verboten, Samstagsarbeit nur mit einer Bewilligung	Erlaubt ohne Zuschlag
Lernende	Lernende sind dem GAV unterstellt (mit 13. Monatslohn)	Lernende sind nicht dem GAV unterstellt; keine Mindestlöhne, kein 13. Monatslohn
Lohnfortzahlung bei Krankheit	Krankentaggeldversicherung obligatorisch: Bei Krankheit erhält der Arbeitnehmende während zweier Jahre 80% des Lohns Prämie: 2/3 bezahlt der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer bezahlt nur 1/3	Sofern ein Arbeitsverhältnis mehr als 3 Monate dauert, hat der Arbeitnehmende im 1. Dienstjahr (DJ) bei Krankheit Anspruch auf 1 Monat bezahlten Lohn, ab 2. DJ 2 Monate; ab 3. DJ 3 Monate; ab 10. DJ 4 Monate; ab 15. DJ 5 Monate; ab 20. DJ 6 Monate
Bezahlte Frühpensionierung	Ab 62 Jahre	Keine Regelung

ein Zusammenschluss von Hausverbänden aus der Industrie, der mit dem Baugewerbe erklärtermassen noch nie etwas am Hut hatte. Auch scheint fraglich, ob AS überhaupt in Anspruch nehmen darf, die Bodenlegerinnen und Bodenleger der Schweiz zu vertreten. Mitgliederzahlen rückt der Verband nicht heraus. Fakt ist aber: Boden Schweiz hat sämtliche Mitgliedsfirmen aufgefordert, ihren Buezerinnen und Buezern Beitrittsformulare der «Gewerkschaft» abzugeben. Nicht gerade ein Zeichen der Mitgliederstärke, geschweige denn der Unabhängigkeit. Doch für die Bodenlegerchefs ist eine einigermaßen repräsentative Vertragspartnerin schlicht elementar. Denn ohne ein Mindestquorum an Mitgliedern könnte der Bundesrat die beantragte Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) des GAV verweigern. Und dann würde der GAV gar nicht erst in Kraft treten. Diesen ungewöhnlichen Vorbehalt haben AS und Boden Schweiz selbst so vereinbart. Das grösste Problem ist aber der Inhalt des Vertrags.

LÄSST SICH DAS SECO EINSpannen?

Im Vergleich zum Gesetz bringt er praktisch keine Verbesserung, teils sogar Verschlechterungen. Zudem unterschreitet er die aktuellen Standards massiv. Gewisse Berufskategorien müssten sogar mit tieferen Löhnen rech-

nen (siehe Spalte rechts). Die Folge wäre eine Negativspirale, die auch andere baugewerbliche Berufe unter Druck setzen würde. Die Gewerkschaften Unia und Syna haben deshalb die Notbremse gezogen und beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) Rekurs gegen die AVE eingelegt. Noch ist nichts entschieden. Doch die letzten Signale aus Bundesbern lassen vermuten, dass der AVE stattgegeben werden könnte – trotz den Rekursen. Allerdings scheint das Seco auch die Unia und die Syna in die Vertragspartnerschaft involvieren zu wollen. Beamte haben jedenfalls entsprechende Sondierungen aufgenommen. Womöglich eine überflüssige Mühe, wie schon aus dem Protokoll der Bodenlegermeister-GV 2024 hervorgeht: «Der Präsident betont, dass ein GAV mit der Unia nicht in Frage kommt.» Und: «Er ruft alle Mitglieder auf, dafür zu kämpfen, damit die Branche eines Tages zum erhofften Ziel gelangt.»

Doch seit letztem September ist das Verfahren beim Seco eingestoppt. Und jetzt wird sogar ein Abbruch der ganzen Übung immer wahrscheinlicher. Denn die Bodenlegermeister wollen noch immer lieber keinen GAV als einen mit einer echten Gewerkschaft. Präsident René Bossert bestätigt: «Seit dem Beginn des GAV-Projekts 2013 war uns immer klar, dass wir die Unia und die Syna nicht dabei haben wollen. Daran hat sich nichts geändert.»

PROFESSOR FÜR ARBEITSRECHT:

«KLAR SCHLECHTER ALS DAS GESETZ»

Mit 12 Seiten ist der neue Bodenleger-GAV der wohl dünnste GAV des Landes. Entsprechend wenig wird darin geregelt. Überhaupt nichts gesagt wird zu Probezeiten, Spesen, Wegzeiten oder Ferien. Eine Krankentaggeldversicherung ist freiwillig. Samstagsarbeit soll zuschlagsfrei und uneingeschränkt möglich sein. Überstunden wiederum sollen am Jahresende «mit dem Normallohn ausgeglichen» werden, falls sie nicht «durch Freizeit abgeglichen» worden sind. Erstaunlich! Das Arbeitsgesetz schreibt vor, dass Überstunden, die nicht mit Freizeit ausgeglichen werden, mit einem Zuschlag von 25 Prozent zu vergüten seien. Handeln die Bodenlegermeister also illegal? Nein, sagt Thomas Geiser, Professor für Arbeitsrecht an der Universität St. Gallen. Im Rahmen eines GAV könne von dieser Regel abgewichen werden: «Insofern ist die Regelung gesetzeskonform, aber auch klar eine Schlechterstellung gegenüber der gesetzlichen Regelung.»

EINBUSSEN. Auch bei den Mindestlöhnen fällt der GAV weit hinter aktuelle Standards zurück: Nur 20.40 Franken brutto pro Stunde soll ein ungelernter Arbeiter verdienen. Im Westschweizer GAV des Ausbaugewerbes, der auch für die dortigen Bodenleger gilt, hat ein Ungelernter fast 6 Franken mehr auf sicher. Oder eine Bodenlegerin drei Jahre nach Lehrabschluss: Der GAV des Ausbaugewerbes von Basel-Stadt garantiert ihr einen Mindestlohn von 4900 Franken. Würde sie aber im Aargau arbeiten, wo künftig der GAV von Angestellte Schweiz gelten soll, hätte sie nur 4150 Franken gesichert. Auch die vielen Temporären müssten mit Einbussen rechnen. Ein gelernter Bodenleger, der heute in Zürich temporär arbeitet, verdient mindestens 27.30 Franken pro Stunde. Das garantiert ihm der GAV Personalverleih. Wenn aber künftig der Bodenleger-GAV allgemeinverbindlich ist, darf demselben Fachmann drei Franken weniger gezahlt werden. (jok)

Umweltinitiative der jungen Grünen provoziert Rechte und Reiche Wollen Sie die Revolution, Frau Erni?

Am 9. Februar kommt die Umweltverantwortungsinitiative an die Urne. Sie verlangt, dass die Schweiz bis in zehn Jahren nur noch so viele Ressourcen nutzt, wie sich regenerieren lassen. Lässt sich das überhaupt umsetzen? Und was bedeutet das für unsere Industrie? Magdalena Erni (21), Co-Chefin der jungen Grünen, erklärt.

JONAS KOMPOSCH

work: Frau Erni, wollen Sie eigentlich die Schweizer Industrieproduktion schrotten?
Magdalena Erni: Auf keinen Fall! Wir sind uns bewusst, dass die Schweizer Industrie verhältnismässig umweltschonend arbeitet. Und gerade deshalb geht es in unserer Initiative nicht nur um die inländische Produktion, sondern um unseren Gesamtkonsum. Unsere Importe werden also auch berücksichtigt. Sonst könnte die Schweiz ihre Bilanz ja schönen, indem sie die emissionsintensiven Tätigkeiten einfach ins Ausland auslagert. Das wollen wir nicht. Zumal schon heute zwei Drittel der von uns verursach-

ten Umweltbelastung im Ausland anfallen. Wenn wir schauen, wie dreckig die Industrie im Ausland oft ist, wird ein Ja zu unserer Initiative die inländische Produktion eher noch steigern.

Trotzdem, Ihre Abstimmungsplakate zeigen ein düsteres Foto der Erdölraffinerie von Cressier NE, daneben eine freundliche Illustration einer harmonischen Zukunftsstadt, wo die Leute Velo fahren, hündeln oder entspannt auf einer Blumenwiese chillen. Wen soll diese Bildsprache abholen?

Damit soll gezeigt werden, wie verschmutzend wir heute unterwegs sind. Wenn die Schweiz ihre Netto-null-Ziel bis 2050 wirklich erreichen

«Wovon wir uns verabschieden müssen, ist das reine Streben nach Profit und Wachstum.»

will, dann ist eine Ölraffinerie sowieso nicht mehr haltbar. Und es ist nicht so, dass auf unserem Plakat alle nur chillen würden. Die Illustration zeigt durchaus auch arbeitende Menschen – auf einem Markt, im Garten, Care-Arbeit...

Ihre Gegner warnen von der «Verarmungsinitiative». Hand aufs Herz: Die Preise würden bei einer Annahme der Initiative sicher nicht sinken, oder?

Schon heute treibt die Klimakrise die Preise in die Höhe. Etwa wegen Dürren, Überschwemmungen und unterbrochener Lieferketten. Manche sprechen sogar von einer «Klima-Inflation». Und wir merken es ja längst beim Einkaufen: Orangensaft und Olivenöl verzeichnen wegen schlechter Ernten einen krassen Preisanstieg. Das wird in Zukunft noch zunehmen. Wenn wir jetzt handeln, kommt uns das viel günstiger, als wenn wir weiterfahren wie bisher.

Tönt gut, die NZZ schreibt aber, Sie wollten in Wahrheit die ökosozialistische Revolution. Hat sie recht?



GRÜNES IDYLL STATT ÖLRAFFINERIE: Die junge Grüne Magdalena Erni sagt, dass eine Ölraffinerie in der Schweiz nicht mehr haltbar sei. FOTO: KEYSTONE

Im Initiativtext steht absolut nichts von Revolution oder Ökosozialismus. Sondern davon, dass die Wirtschaft nur noch so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen darf, dass die natürlichen Lebensgrundlagen noch erhalten bleiben. Das sollte doch selbstverständlich sein!

Schon, aber das sprengt doch den Rahmen des Kapitalismus, der ständiges Wachstum voraussetzt!

Wovon wir uns verabschieden müssen, ist das reine Streben nach Profit und Wachstum. Aber es ist auch klar, dass gewisse Sektoren noch stark weiterwachsen müssen. Die Versorgung mit erneuerbaren Energien, der öffentliche Verkehr oder die ökologische Landwirtschaft.

Wie das Ziel umgesetzt werden soll, überlässt Ihre Initiative Bund und Kantonen. Glauben Sie, diese würden zuver-

lässig arbeiten und auch die geforderte Sozialverträglichkeit einhalten?

Das will ich doch hoffen! Es ist schliesslich die Aufgabe des Parlaments, den Volkswillen umzusetzen. Aber klar, nur weil eine Sache beschlossen wird, heisst das noch lange nicht, dass sie auch korrekt umgesetzt wird. Man muss dem Parlament immer auf die Finger schauen.

Die letzten Umfragen prognostizieren Ihnen einen Ja-Anteil von nur 37 Prozent. Woher kommt dieser Support soziologisch?

Vor allem von Frauen, jungen Menschen und Haushalten mit tiefen Einkommen. Je höher das Einkommen, desto eher stimmt die Person Nein. Das zeigen die Umfragen deutlich. Es ist klar: Reiche fühlen sich eher angegriffen. Schliesslich führen sie oft einen Lebensstil, der ohne Umweltverschmutzung schlicht nicht möglich wäre.

Parolenspiegel: Wer Ja, Nein und nichts sagt

Drei Erden wären nötig, wenn alle Menschen so viele Ressourcen verbrauchen würden wie Herr und Frau Schweizer. Sagt das Bundesamt für Umwelt. Und die jungen Grünen sagen: Schluss damit! Ihre Umweltverantwortungsinitiative verlangt, dass die Schweiz bis in 10 Jahren die planetaren Grenzen respektiert. Für ein Ja werben SP, Grüne, EVP, PdA, Pro Natura, Verkehrsclub, Birdlife, Greenpeace, Gewerbeverein und Kleinbauernvereinigung. Für ein Nein die Rechtsparteien samt GLP sowie die grossen Wirtschaftsverbände. Keine Parole beschlossen haben die Gewerkschaften. (jok)

INSERAT



Bei uns steht, was «Kontingente» für Menschen bedeuten.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++



SIE NIMMT ES DEN ARMEN: Finanzministerin Karin Keller-Sutter macht Steuergeschenke an Superreiche und streicht die Gelder bei denen, die sie wirklich nötig hätten.

FOTO: KEYSTONE

«Entlastungsprogramm» belastet die Mehrheit Keller-Sutter greift soziale Schweiz an

Die SVP-FDP-Mehrheit im Bundesrat tut nicht einmal mehr so, als vertrete sie die Interessen der Mehrheit im Land. Neustes Beispiel: das Sparpakt von Finanzministerin Karin Keller-Sutter.

CLEMENS STUDER

Die AHV, gute Bildung für alle, Prämienverbilligungen, Hilfe für Gewaltopfer, Entwicklungszusammenarbeit, öffentlicher Verkehr – alle Dinge, die rechten Parteien und marktradikalen Ideologen ein Dorn im Auge sind. Sie möchten sie am liebsten abschaffen, aber weil das

Das Abbauprogramm von Keller-Sutter schadet unserem Service public.

mit dem Volk nicht zu machen ist, greifen sie den Sozialstaat via Budget an. Ihre Speerspitze ist Finanzministerin Karin Keller-Sutter von der FDP, die dank der nicht gerechtfertigten SVP-FDP-Mehrheit im Bundesrat durchmarschiert.

Neuster Streich: das sogenannte Entlastungsprogramm über 3,6 Milliarden Franken, das Keller-Sutter jetzt in die Vernehmlassung geschickt hat. Angeblich, weil der Bund sonst pleitegeht. Was natürlich Unsinn ist, wie die Fakten zeigen.

Tatsache ist, dass der Bund in den vergangenen Jahren die im internationalen Vergleich bereits extrem tiefe Schuldenquote weiter massiv gesenkt hat. Tatsache ist, dass die Sozialausgaben mit 12,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022 (aktuellste verfügbare Zahlen) sogar tiefer waren als 20 Jahre davor. Tatsache ist auch, dass der Bund in den vergangenen Jahren Steuergeschenke in der Höhe von Hunderten Millionen an Superreiche und Konzerne verteilt hat. Und Tatsache ist, dass der Bund die Schuldenbremse nicht verfassungskonform anwendet.

Bereits die Erzählung, wonach ein Staat zu funktionieren habe wie ein privates Haushaltsbudget, ist kreuzfalsch, aber – weil sie auf den ersten Blick so logisch tönt – mehrheitsfähig (work berichtete: rebrand.ly/schuldenbremse). Die Schweizer Bevölkerung wollte,

dass der Bund nur so viel ausgeben darf, wie er einnimmt. Doch die rechten Mehrheiten im Bundeshaus haben diese Schuldenbremse so umgesetzt, dass der Bund Jahr für Jahr 1 bis 1,5 Milliarden Franken spart. Denn macht der Bund finanziell vorwärts – entsprechend pessimistisch budgetieren hilft! –, müssen Überschüsse zwingend für den Schuldenabbau verwendet werden. Sie dürfen nicht in den Folgejahren investiert werden. Defizite hingegen müssen in den folgenden Jahren ausgeglichen werden.

So kann die bürgerliche Parlamentsmehrheit fortschrittliche Anliegen einfach bodigen. Darum hat die Schweiz zum Beispiel weder genügend bezahlbare Kita-Plätze noch ausreichend Prämienverbilligungen, noch investiert sie genügend in den ökosozialen Umbau.

Gibt die bürgerliche Parlamentsmehrheit dagegen für ihre Lieblinge mehr Geld aus, geraten die Sozialausgaben unter Druck. Auch diesmal wird bei der bereits vergoldeten Landwirtschaft nicht gespart, und die Armee erhält Hunderte von Millionen Franken zusätzlich. Dabei erweist sie sich seit Jahrzehnten als stabil «beschaffungsunfähig».

Die Schweiz hat für Reiche, Superreiche und internationale Konzerne bereits so tiefe Steuern, dass unser Land im Rest Europas als Drohkulisse für Steuergeschenke dient.

GEWERKSCHAFTLICHER WIDERSTAND

Für die Gewerkschaften ist klar: Das Abbauprogramm von Keller-Sutter «ist nicht nur unverhältnismässig, sondern schadet auch nachhaltig der Qualität des guten Schweizer Service public. Zudem wird das Bundespersonal durch Einsparungen im «Eigenbereich» in Höhe von über 300 Millionen Franken unnötig belastet. Diese massiven Kürzungen werden langfristig auch die Qualität der staatlichen Leistungen beeinträchtigen.» Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wird sich in der Vernehmlassung detailliert zu den geplanten Kürzungen äussern und darüber hinaus sein Engagement gegen die unnötige und schädliche Sparpolitik sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene fortführen.

Denn klar ist: Abbauprogramme nützen nur den Reichen. Gut finanzierte Sozialwerke und guter Service public hingegen allen Menschen und jenen mit unteren und mittleren Einkommen.

Bürgerliche: Milliarden-Geschenk an die UBS



UBS-Chef Sergio Ermotti strahlt wie die Sonne über dem Nebelmeer. Wen wundert's: 5,1 Milliarden Dollar Gewinn haben die «Bank wie die Schweiz» vergangenes Jahr gemacht. Dollarzeichen in den Augen dürften auch die Aktionärinnen und Aktionäre haben, die Dividende steigt um 29 Prozent. Für das laufende Jahr soll sie um weitere 10 Prozent steigen. Für 3 Milliarden Franken will die Bank im laufenden Jahr Aktien zurückkaufen. Das ist super für das Aktionariat, das meist steuerfrei kassiert dank dem Unternehmenssteuerreform-Bschiss des früheren FDP-Finanzministers Hans-Rudolf Merz. Und das ist schlecht für das Schweizer Volk, das für die Monsterbank in Geiselschaft sitzt. Denn Aktienrückkäufe mindern das Eigenkapital – und damit die Summe, die zur Verfügung steht, Verluste auszugleichen, wenn sich die Banker wieder mal verzoeken.

BOMBENGESCHÄFT: Doch dank der Grossfinanz-Ministerin Keller-Sutter im Bundesrat und den bürgerlichen Mehrheiten in National- und Ständerat muss das die UBS nicht kümmern. Die faktische Staatsgarantie für die letzte Grossbank mit Schweizer Sitz steht – allen Beteuerungen von SVP, FDP, GLP und Mitte zum Trotz. Und erst noch gratis. Die Universität Bern hat dieser Tage eine Studie veröffentlicht (hier abrufbar: rebrand.ly/geld-für-ubs), die untersucht, wie hoch der Bund die UBS subventioniert. Selbst im vorsichtigsten Szenario kommen die Forscher für das Jahr 2022 auf 2,6 Milliarden Franken. Das heisst: Die UBS spart Jahr für Jahr Milliarden, weil das Schweizer Volk faktisch für sie bürgt. Da sind die 635 000 Franken, die von der UBS pro Jahr offiziell an SVP, FDP, GLP und Mitte überwiesen werden, wahrscheinlich das beste Geschäft der Bank. (cs)

Trucker-Revolte Streikende Fahrer bedroht

Unter falschen Versprechungen wurden sie nach Europa gelockt. Jetzt streiken zehn LKW-Fahrer aus Simbabwe auf Rastplätzen in Deutschland, Frankreich und Italien. Ihr slowakischer Arbeitgeber reagiert mit Gewalt.

VON DANIEL BEHRUZI, DARMSTADT

«Ich fürchte um mein Leben», sagt ein Trucker in die Handykamera. Er steht auf einem Rastplatz in Frankreich. «Sie haben die Autobatterie von aussen gekappt, die Heizung funktioniert nicht, es ist kalt. Ich habe kein Essen. Ich habe Angst, rauszugehen.» Die Spedition Global Transporte Slovakia, die zur Hegelmann-Gruppe mit Sitz in Deutschland gehört und alle Vorwürfe abstreitet, soll den Berichten zufolge auch andere Streikende terrorisiert haben. In Bayern drang demnach ein Mann sogar gewaltsam in die Fahrerkabine ein und wollte einen streikenden Fahrer nach



WIRBT MIT FALSCHEN VERSPRECHUNGEN: Global Transporte Slovakia. FOTO: PD

Tschechien bringen, von wo aus er nach Simbabwe ausgewiesen werden sollte. Die deutsche Polizei stoppte die Entführung nach 39 Kilometern, nahm den Mann fest und ermittelt nun wegen Freiheitsberaubung.

ALU FÜR DIE SCHWEIZ GELADEN

1500 Euro im Monat sei ihnen bei der Anwerbung in Südafrika versprochen worden, tatsächlich hätten sie aber nur 25 bis 30 Euro am Tag erhalten, berichten die Fahrer. Monatelang mussten sie Tag und Nacht in den Trucks verbringen. «Ich nenne das Menschenhandel», sagt Edwin Atema von der gewerk-

«Ich nenne das Menschenhandel!»

EDWIN ATEMA VON DER STIFTUNG ROAD TRANSPORT DUE DILIGENCE

schaftlichen Stiftung Road Transport Due Diligence (RTDD). Die Kunden, darunter grosse europäische Konzerne, müssten das Unternehmen zu einer Lösung bewegen. Einer der Lastwagen, der im rheinischen Krefeld steht, habe Aluminium für die Schweiz geladen.

GEWERKSCHAFTEN HELFEN

Unterstützung erhalten die Trucker neben der RTDD auch von den Gewerkschaften Verdi in Deutschland und CFDT in Frankreich. «Das ist eine internationale humanitäre Aktion der Gewerkschaften», berichtet Atema. «Priorität Nummer eins ist es, die Fahrer zu schützen und zu versorgen. Zweitens gilt es, entlang der Lieferkette Druck zu machen.» Das betont auch Andrea Kocsis vom Verdi-Bundesvorstand: «Politik und Unternehmen müssen endlich Verantwortung übernehmen und die eklatanten Missstände im Strassen-gütertransport beenden.»

Denn es ist nicht das erste Mal, dass diese Missstände einer breiten Öffentlichkeit bekannt werden. Bereits die wochenlangen Proteste von osteuropäischen Truckern im Jahr 2023 hatten die unmenschlichen Zustände auf Europas Strassen ins Rampenlicht gerückt. Seither hat sich offenbar nichts verbessert.

EUropa
Roland Erne

EU-Mindestlohnrichtlinie Juristischer Paukenschlag

Für das soziale Europa hat das Jahr mit einem Paukenschlag begonnen: Am 14. Januar empfahl EU-Generalanwalt Nicholas Emiliou dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), die Mindestlohnrichtlinie zu annullieren. Sein Antrag stützt eine Klage Dänemarks gegen EU-Parlament und Rat,



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

da deren Mindestlohnrichtlinie die Autonomie der nationalen Sozialpartner untergraben würde.

TÖNERNE FÜSSE. Die ersten juristischen Analysen gehen nicht davon aus, dass die Klage Erfolg haben wird. Für Claire Kilpatrick und Marc Steiert vom Europäischen Hochschulinstitut in Florenz steht die Argumentation von Generalanwalt Emiliou auf tönernen Füßen. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) geht davon aus, dass der EuGH der Klage kaum zustimmen wird. Bei der Richtlinie geht es vielmehr darum, mit sozialpolitischen Massnahmen allen Bützerinnen und Bützern in Europa einen «angemessenen Lebensstandard» zu sichern. Dazu gehören Aktionspläne, um mehr Arbeitnehmende unter GAV-Schutz zu stellen. Zudem müssen Länder mit gesetzlichen Mindestlöhnen diese künftig regelmässig erhöhen und dafür sorgen, dass sie existenzsichernd sind. Da die Zahlung dieser Löhne durchgesetzt werden muss, sind alle EU-Länder künftig verpflichtet, den Lohnschutz zu stärken.

Eine starke Lobby greift die Mindestlöhne an.

BUSINESS EUROPE. Dennoch bleibt der Ausgang der Klage offen, zumal eine starke Lobby hinter dem Angriff auf die Mindestlohnrichtlinie steht. Von Anfang an setzte der europäische Dachverband Business Europe, dem auch der Schweizer Arbeitgeberverband angehört, alles auf die juristische Karte. Im Gesetzgebungsverfahren ist Business Europe damit kläglich gescheitert.

MANGELNDE KLARHEIT. Für Anwalt Emiliou ist es die Aufgabe des EU-Gerichtes, die Probleme zu lösen, die sich aus unklaren Formulierungen der EU-Verträge ergeben, da die EU auf Rechtsstaatlichkeit beruhe. Dabei lässt er den Wert der Demokratie, der im EU-Vertrag vor der Rechtsstaatlichkeit genannt wird, bequemerweise einfach weg.

POLITISCHER KONFLIKT. Ob Sozialpartner arbeits- und sozialpolitische Massnahmen auf nationaler oder europäischer Ebene bevorzugen, hängt nicht von abstrakten Prinzipien ab, sondern von der Stossrichtung der vorgeschlagenen Massnahmen. Der EuGH sollte deshalb das Resultat des EU-Gesetzgebungsprozesses so akzeptieren. An dieser demokratischen Ausmarchung nahm nicht nur das EU-Parlament und der Ministerrat teil, sondern auch der EGB und Business Europe als europäische Sozialpartner sowie viele nationale Parlamente. Übrigens war auch Nicholas Emiliou als damaliger ständiger Vertreter Zyperns im Ministerrat am politischen Prozess beteiligt, den er jetzt juristisch wieder aushebeln will.

Roland Erne schreibt hier im Turnus mit Regula Rytz, was die europäische Politik bewegt.

Anhaltende Massenproteste in Serbien

Präsident Vučić hat sich mit den Falschen angelegt



DIE JUNGEN WOLLEN EINE VERÄNDERUNG: An den Protesten der Studierenden gegen die korrupte Regierung, wie hier in Belgrad, versammeln sich im ganzen Land Tausende Menschen auf den Strassen. FOTO: KEYSTONE

Seit über drei Monaten organisieren die Studierenden in Serbien Massenproteste. Ihr Ziel: der Fall der korrupten Regierung. Die Studierenden Veljko Aleksić und Nikolina Bobar berichten für work direkt von den Protesten.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Massenproteste seit über drei Monaten, ein abgesetzter Premierminister und ein nervöser Präsident: In Serbien überschlagen sich zurzeit die Ereignisse. Unzufriedenheit herrscht im Land zwar schon länger. Doch ein eingestürztes Bahnhofsdach in der Stadt Novi Sad kostete 15 Menschen das Leben und brachte das Fass zum Überlaufen (work berichtete: rebrand.ly/proteste-serbien). Korruption und Vetternwirtschaft der Regierung lassen die Zukunftsperspektiven besonders für die jungen Menschen düster erscheinen. Serbische Studierende, Schülerinnen und Schüler führen die Proteste an.

Zunächst versuchte Präsident Aleksandar Vučić, den Aufstand zu ignorieren. Dann spielte er ihn herunter. Doch jetzt wird er immer nervöser.

Korruption und Vetternwirtschaft lassen die Zukunft der jungen Menschen düster erscheinen.

Ende Januar trat der serbische Premierminister und Bürgermeister von Novi Sad, Miloš Vučević, zurück. Für die Studierenden ist aber klar: Das ist nur ein Ablenkungsmanöver und nicht der Rücktritt, den sie fordern. work hat mit zwei Studierenden aus Belgrad gesprochen, die bereits seit Wochen an den Protesten teilnehmen.

DIE UNERMÜDLICHEN STUDENTEN

An dem Morgen, als Veljko Aleksić (20), Student der Internationalen Beziehungen in Belgrad, von der Tragödie in Novi Sad hörte, empfand er Wut und auch Verantwortung. «Ich fühlte mich verant-

wortlich, weil ich wie viele andere auch über die ganze Korruption wusste, aber nichts dagegen unternehmen konnte. Seither protestiere ich, weil ich nicht mehr zulassen will, dass unschuldige Menschen für finanzielle Vorteile sterben müssen.» Für den 20jährigen ist klar: «Freiheit und Demokratie fordert Engagement der Bevölkerung. Wenn wir stumm bleiben, gleiten wir unausweichlich in die Autokratie.» An den Protesten der Studierenden versammelten sich über 100 000 Menschen. Die aktuellen



«Die Proteste sind ein Schrei nach Gerechtigkeit.»

NIKOLINA BOBAR

Proteste rufen das Jahr 2000 in Erinnerung. Damals gelang es serbischen Studierenden mit Massenprotesten, den amtierenden Präsidenten und angeklagten Kriegsverbrecher Slobodan Milošević zu stürzen. Präsident Vučić hat sich also mit den Falschen angelegt.

Vergangenes Wochenende wanderten über 500 Studierende den 80 Kilometer langen Weg von Belgrad nach Novi Sad. Das Ziel waren die Protestaktionen am 1. Februar in Novi Sad. Tausende Menschen besetzten dort drei städtische Donaubrücken – symbolisch für die drei Monate, die seit dem tragischen Unfall vergangen sind. Am selben Tag fanden auch in London, Ljubljana, Wien, Berlin, Bern und Zürich solidarische Kundgebungen statt.

Über die Organisation der Proteste sagt Student Aleksić: «Die erste Fakultät, die blockiert wurde, war die Fakultät für Darstellende Künste in Belgrad. Daraufhin organisierten sich Dutzende weitere Fakultäten in Belgrad, Novi Sad und weiteren Städten.» Die Studierenden sind selbstorganisiert in Arbeitsgruppen, Aleksić selbst ist Teil der Arbeitsgruppe für Presseanfragen. Wichtig für ihn ist zu unterstreichen: «Wir haben keine Anführer!»

Warum die jungen Menschen protestieren, sieht man am Beispiel von Nikolina Bobar (29). Im 2017 schloss sie ihr Journalistikstudium in Belgrad ab. Zu work sagt sie: «Nach Abschluss meines Grundstudiums beschloss ich, meine Ausbildung im Ausland fortzusetzen, da in Serbien der Mangel an unabhängigen Medien immer offensichtlicher und die Möglichkeiten für professionellen Journalismus immer kleiner wurden.» Für ihren Master und das Doktorat wanderte sie nach Wien aus. Im Oktober 2024 kehrte sie mit dem Diplom im Sack retour nach Belgrad. Doch vor Ort erwartete sie eine grosse Ernüchterung: «Die Situation wurde nur noch schlimmer. Die extreme Umweltverschmutzung, die dysfunktionalen Institutionen und die allgegenwärtige Aggression auf den Strassen waren für mich ein Schock.»

VON LINKS BIS RECHTS VEREINT

Bobar ist bei den Protesten in Belgrad dabei: «Ich protestiere gegen eine Gesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger

In London, Ljubljana, Wien, Berlin, Bern und Zürich fanden solidarische Kundgebungen für die Protestierenden in Serbien statt.

Angst haben müssen, dass ihr Haus, ihre Brücke oder ihr Vordach einstürzt, während sie auf ein Transportmittel warten.» Die grösste Motivation für Bobar ist die Solidarität auf den Strassen und all die Menschen, die gegen Korruption und Gewalt ein Zeichen setzen. Sie sagt: «Diese Proteste sind mehr als nur eine Reaktion auf eine Tragödie – sie sind ein Schrei nach Veränderung und Gerechtigkeit.»

Ob und wie die Veränderung eintreten wird, lässt sich bei Redaktionsschluss (4. Februar) schlecht abschätzen. Die Studierenden, welche die Proteste organisieren, wollen autonom und unabhängig von politischen Parteien bleiben. Zudem ist der Protest nicht von einer politischen Gesinnung geprägt, sondern sehr breit. Von links bis rechts sind alle auf den Strassen – was auf eine massive Unzufriedenheit der Bevölkerung hinweist.

Wie weit rechts biegt Deutschland am 23. Februar ab? Am Tor zur Hölle

Vor der Wahl in Deutschland wächst der Widerstand gegen den Aufstieg der rechtsextremen AfD. Aber auch gegen CDU-Spitzenkandidat Friedrich Merz, der das Land mit einem Kapitalismus à la Trump überziehen will.

OLIVER FAHRNI

Albrecht Weinberg (99) ist einer der letzten Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz, wo Hitlers Nazis mehr als 1,1 Millionen Juden, Kommunistinnen, Roma und Gewerkschafter ermordet hatten. Jetzt, 80 Jahre nach der Befreiung des KZ, warf Weinberg sein Bundesverdienstkreuz in den Müll. Er ertrage es nicht, sagte er, dass Friedrich Merz, der angesagte nächste Bundeskanzler, mit der rechtsextremen Partei AfD paktiere. Weinberg sieht in der AfD, was viele Deutsche in ihr erkennen: die Nachfolgepartei der Nazis.

Weinbergs Zorn hatte Merz am 29. Januar im Parlament mit einer brutalen Resolution gegen Ausländer und Asylsuchende erregt. Der CDU-Mann wusste, dass allein die AfD seinen Antrag unterstützte. Es war ein inszenierter Tabubruch: Merz riss die «Brandmauer» ein, die Deutschland vor Faschismus schützen sollte. Ein SPD-Abgeordneter konstatierte: «Merz hat das Tor zu Hölle aufgestossen.»

GEGEN FASCHISMUS GEIMPT?

So schnell kann es also gehen. Als vor einem Jahr das Rechercheteam Correctiv ein geheimes Treffen von AfD, österreichischen Faschisten und Wirtschaftsführern enthüllte, bei dem die massenhafte Deportation von Ausländerinnen und Ausländern («Remigration») geplant wurde, explodierte im ganzen Land der Protest. Ein

Der Auschwitz-Überlebende Albrecht Weinberg will sein Bundesverdienstkreuz zurückgeben.



Berliner Politikprofessor schrieb mir damals: «Nach den Verbrechen des Dritten Reiches (1933 bis 1945), nach Holocaust und Weltkrieg ist Deutschland gegen den neuen Faschismus geimpt.»

Wenige Monate später avancierte die AfD bei einigen Landtagswahlen im Osten zur stärksten Kraft. Heute steht sie in Umfragen für den Wahltag am 23. Februar an zweiter Stelle, hinter der CDU, aber weit vor den Sozialdemokraten (SPD) um Kanzler Olaf Scholz. Das Undenkbare ist wieder möglich geworden.

Besonders, seit Elon Musk die AfD und ihre Kandidatin Alice Weidel zum Kern einer rechtsextremen Internationale machen möchte. «Nur die AfD kann Deutschland retten», tönte der Tech-Oligarch und Trumps Mann fürs Grobe. In einem hirnrissigen Live-Chat auf X, dem 200 000 Personen zugeschaltet waren, kam er mit Weidel überein, Hitler sei «Kommunist» gewesen. Die AfD, ein deutsches Wintermärchen.

Weidel liebt Putin und flirtet mit Musk, schöne neue Welt. Sie mimt die Demokratin, macht aber mit einer Parole von Hitlers Sturmabteilung (SA) Wahlkampf:



PAKT MIT DEM TEUFEL: Dass Friedrich Merz mit Alice Weidel ein Gesetz durchbringen wollte, löste Demos in ganz Deutschland aus. Auf dem Bild ein Protestplakat aus Berlin. FOTO: KEYSTONE

«Alice für Deutschland» («Alles für Deutschland»). Ihre Leute fressen Kreide, wollen aber unbedingt eine «88» in ihrem Autokennzeichen – zweimal der 8. Buchstabe des Alphabets für «Heil Hitler». Das Programm der AfD ist so krude, dass die italienische Neofaschistin Giorgia Meloni und Frankreichs Marine Le Pen mit Weidel nicht auf derselben Europa-Bank sitzen mögen.

MERZ NUTZT DIE BRAUNE GEFAHR

Merz' ausländerfeindliche Inszenierung diente der Wahltaktik. Und der Banalisierung der AfD ist so krude, dass die italienische Neofaschistin Giorgia Meloni und Frankreichs Marine Le Pen mit Weidel nicht auf derselben Europa-Bank sitzen mögen.

Und er weiss, was er tut. Merz war ein Vierteljahrhundert lang der Verlierer der deutschen Politik. Mehrmals schien er Favorit fürs Kanzleramt, doch dann standen ihm die eigene Überheblichkeit, später eine Affäre um schwarze Kassen, schliesslich Angela Merkel im Weg. Also machte er massig Geld. Als Multi-Verwaltungsrat (unter anderem beim Chemieriesen BASF). Als Deutschlandchef des US-Kapitalfonds Black Rock, dem grössten Kapitalisten der Welt. Vor allem aber als Wirtschaftsanwalt der global agierenden US-Kanzlei Mayer Brown (Chicago). Was Wunder, erschien er jetzt dem Establishment als der richtige Mann, die deutsche Krise brachial zu lösen.

EIN PROGRAMM FÜRS KAPITAL

Sein Plan wirkt wie aus dem «Projekt 2025» abgeschrieben, dem Programm der Heritage Foundation für Donald Trump. Grenzen dicht, harte Hand gegen innen, noch

mehr Steuersenkungen für das Kapital, weitere Privatisierungen, massive Finanzhilfen für die Konzerne und militärische Aufrüstung, darum also knochenbrechende Sparprogramme bei der sozialen Vorsorge und dem Service public... Und ein Vollstop beim ökologischen Umbau.

Auffallend ist, dass diese Politik just jene Verhältnisse auf die Spitze treibt, die den Aufstieg der AfD befeuerten: wachsende soziale Ungleichheit, vor allem bei den Lebenschancen. Mehr Armut (17,7 Millionen Deutsche sind heute schon arm), medizinische Wüsten, Mietnot, Zerfall des Service public, soziale Ausgrenzung, Auflösung gesellschaftlicher Zusammenhänge. Für Merz alles

Ist die AfD stark, kann Merz die anderen erpressen: Ich oder der Faschismus.

win-win. Ist die AfD stark, kann er alle anderen erpressen: Ich oder der Faschismus. Das hat er sich beim französischen Präsidenten Emmanuel Macron abgeschaut.

DIE WÜSTE LEBT

Offenbar hat die Gesellschaft dies vor der Politik verstanden. Nur Stunden nach dem von Merz provozierten Parlamentsbeschluss fanden sich in diversen Städten Zehntausende zum Protest. Der Widerstand lohnte sich: Ein Versuch der CDU, zwei Tage später ein Antimigrationsgesetz durchzuboxen, fiel durch. Am 1. Februar gingen allein in Hamburg mehr als 80 000 auf die Strasse. Tags drauf in Berlin waren sie wohl 125 000. Der Kampf gegen die AfD eint sie, doch diese Bewegung mobilisiert auch Klimabewegte, Feministinnen, Mieterverbände, Lehrer, Gewerkschafterinnen...



la suisse existe
Jean Ziegler

HUNGER IST MORD

Das Massaker, das durch den Hunger täglich an Zehntausenden von Menschen verübt wird, ist der absolute Skandal unserer Zeit. Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind unter zehn Jahren an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen (Mangelernährung, Krankheiten usw.). Die FAO (Weltorganisation der Uno für Landwirtschaft und

Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind unter zehn Jahren an Hunger oder seinen Folgen.

Ernährung) liefert in ihrem aktuellen Bericht die Zahlen: Im Jahr 2023 litten bis zu 757 Mil-

lionen Menschen an akutem Hunger, das ist jede elfte Person weltweit. Während der Coronapandemie ist die Zahl der von Hunger Betroffenen in die Höhe geschossen und seither nicht mehr gesunken.

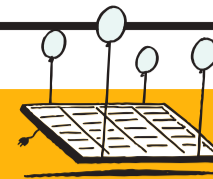
Zudem waren 2023 rund 29 Prozent der Weltbevölkerung von Ernährungsunsicherheit bedroht, das sind über 2 Milliarden Menschen. Das heisst, diese Menschen haben keinen regelmässigen Zugang zu gesunder und ausreichender Nahrung. Die Kosten für eine gesunde Ernährung sind weltweit seit 2017 gestiegen und erreichten ihren Höchststand im Jahr 2022. Die Hauptgründe: die Pandemie und der Krieg in der Ukraine. Sie führten zu einem massiven Anstieg der internationalen Lebensmittel- und Energiepreise.

UNRECHT. Die FAO weist auch nach, dass die weltweite Landwirtschaft problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren könnte, also weit mehr als die heutige Weltbevölkerung von acht Milliarden. Hunger ist kein Naturgesetz, sondern gemacht. Durch Kriege und durch zehn transkontinentale Grosskonzerne, die Produktion und Transport, Preise und Verteilung von 85 Prozent der Nahrungsmittel kontrollieren. Sie entscheiden also, wer zu essen hat und überlebt, wer hungert und stirbt. Das ist die kannibalische Weltordnung. So ist denn auch in ärmeren Ländern der Anteil der Bevölkerung, die keine oder keine gesunden Nahrungsmittel kaufen können, viel höher als in reichen Ländern. Und Frauen sind stärker betroffen als Männer.

KRIEGE. Ein häufiger Grund für Hunger sind bewaffnete Konflikte. Zudem werden Nahrungsmittelknappheit und Hunger bewusst als Waffen eingesetzt, Landwirtschafts-, Wasser- und Energieinfrastruktur werden absichtlich zerstört. Was von der Zerstörungswut bleibt, ist die unsichere Ernährungssituation der Bevölkerung, die oft tödlich ist. Ernährungsunsicherheit aufgrund von Kriegen führt zu 7784 bis 21 406 Todesfällen pro Tag.

Folglich ist das tägliche Massaker kein Schicksal. Ein Kind, das verhungert, wird ermordet. Der Hunger ist menschengemacht und könnte mit einigem gutem Willen schon morgen von der Erde getilgt werden.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



Deepseek: China erwischt Trump auf dem falschen Fuss

Künstliche Intelligenz (KI) wird zwanzig Mal billiger. Und für alle Staaten und Unternehmen frei nutzbar. Gut für die Schweiz und ihre Firmen. Aber wie ist es für die Lohnabhängigen?

Wird die künstliche Intelligenz unsere Arbeitswelt revolutionieren? Oder bleibt alles mehr oder weniger beim Alten? Die Meinungen sind geteilt.

Die US-Konzerne Alphabet, Microsoft, Amazon und Meta investierten bisher pro Jahr mehr als 200 Milliarden Franken in gigantische Rechenzentren. Für diese Rechenzentren waren nur die neuesten Chips des US-Herstellers Nvidia gut genug. Diese angeblichen Wunderchips waren bisher eine Waffe in den Händen der US-Aussenpolitik. China bekam keine Hochleistungschips der neuesten Generation. Und auch die Schweiz wollten die USA nicht mit genügend Chips beliefern. Wirtschaftsminister Guy Parmelin wirkte in seinen letzten Interviews angesichts dieses Friendly-Trump-Fires hilflos.

Und jetzt kommt plötzlich das chinesische Start-up Deepseek mit einem KI-Modell und bringt vergleichbar gute Resultate zu einem zwanzig Mal günstigeren Preis als die Amis und ihre glorreichen sieben (Apple, Nvidia, Alphabet, Meta, Amazon, Tesla und Microsoft), in welche die Schweizerische Nationalbank viel Geld investiert hat. Und jetzt, wo die Börse wegen Deepseek abstürzt, viel Geld verlieren wird. Noch ist alles etwas im Nebel, aber vieles deutet auf eine grosse Disruption hin:



STELLT ALLES AUF DEN KOPF: Das KI-Modell des chinesischen Start-ups Deepseek. FOTO: ADOBE STOCK

Deepseek I: Das chinesische Start-up hat nach eigenen Angaben nur wenige Millionen Dollar in seine Lösung investiert, die vergleichbar gut ist wie jene des US-Softwareentwicklers Open AI.

Deepseek II: Das Start-up hat Schritt für Schritt seine Codes offengelegt. Wenig ist geheim. Alles scheint nachvollziehbar.

Deepseek III: Alle können die Programme auf ihre lokalen Server laden. Eine Kontrolle durch die chinesischen Geheimdienste ist stark erschwert bis unmöglich.

Deepseek IV: Die Software ist nicht auf die Hochleistungschips des US-Unternehmens Nvidia angewiesen. An einem Tag verlor dieses deshalb 500 Milliarden Dollar an Börsenwert.

Deepseek V: Das chinesische Start-up braucht für sein KI-Modell zwanzig Mal weniger Strom als die USA bisher. Deshalb

rutschten die Aktien des Energietechnikherstellers Siemens Energy in den Keller.

SPUTNIKSCOCK. Bisher hatte Europa und hatten auch wir hier in der Schweiz in Sachen künstlicher Intelligenz einen scheinbar nicht aufholbaren Rückstand. Das hat sich jetzt über Nacht verändert: In allen Wissenschaftsredaktionen und Universitäten testen die besten Fachleute der Welt das neue chinesische Produkt. Und die meisten kommen bisher aus dem Staunen nicht heraus. Einige reden sogar von einem Sputnikschock. So nennt man die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen in der westlichen Welt auf den Start des ersten künstlichen Erdsatelliten Sputnik 1 am 4. Oktober 1957 durch die Sowjetunion.

Wenige Tage vor dem digitalen Deepseek-Erdbeben hatte Trump noch

angekündigt, dass Private 500 Milliarden Dollar in Rechenzentren investieren würden. Tesla-Milliardär Elon Musk beschwerte sich, dieses Projekt sei nicht finanziert. Die Ankündigung Trumps und die Sorge von Musk lösen sich dank China nun in Luft auf. Immerhin hat Trump clevere Beratende: Einen Tag nach dem Börsensturz verkündete er von seinem Anwesen in Mar-a-Lago, der chinesische Durchbruch sei «ein Weckruf».

WAS BEDEUTET DAS ALLES?

Perspektive 1: Wenn eine Technologie zwanzig Mal günstiger wird, setzt sie sich auf immer mehr Feldern durch: Vor zwanzig Jahren kosteten Solarpanels zwanzig Mal mehr als heute. Heute ist Solarstrom weltweit der mit Abstand günstigste Strom.

Perspektive 2: Schweizer Hochschulen und Unternehmen müssen sich alle Rechte von Deepseek sichern, sofern dies möglich ist. Und sie müssen Lösungen der nächsten Generation mitentwickeln. Und Bundesrat Parmelin braucht einen Deepseek-Minister. Branchen wie die Schweizer Autozulieferer bekämen dann eine neue Chance, weil wir die beiden besten technischen Hochschulen Europas haben.

Perspektive 3: Wenn künstliche Intelligenz absehbar die Produktivität erhöht, müssten die realen Löhne pro Stunde ansteigen. Damit auch die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer – mit und ohne Pass – vom technologischen Schub profitiert.

Perspektive 4: Die USA werden alles unternehmen, um China wieder zu überholen. Das muss kein Nachteil sein.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/sputnikschock
Sputnikschock nennt man die Reaktionen in der westlichen Welt auf den Start des ersten künstlichen Erdsatelliten Sputnik im Jahr 1957 durch die Sowjetunion.

● rebrand.ly/game-over-für-arbeit
Die Kommunikationswissenschaftlerin Miriam Meckel schreibt im deutschen «Handelsblatt», dem Blatt des Kapitals, bedenkenswerte Kommentare. Letzte Woche: «Game over für die Arbeit. KI-Agenten könnten bald menschliche Arbeitskräfte ersetzen. Was tun, wenn Arbeit keine Rolle mehr spielt?» Was, wenn sie recht bekommt? Steht dann der digitale Sozialismus in der Haustür?

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

60. SOLOTHURNER FILMTAGE

Ab 20. Februar im Kino

«Als Strafverteidiger bin ich ein Kantengänger. Ich habe eine gewisse Affinität zur Legalität aber auch zur Illegalität.»

BERNARD RAMBERT
STRAFVERTEIDIGER

SUSPEKT

Ein Dokumentarfilm von Christian Labhart

Dokumentarfilm «Suspekt» kommt bald in die Kinos

Ein linker Film über den «Terroristenanwalt» Rambert

Bernard Rambert (79) ist Strafverteidiger und setzt sich seit 50 Jahren gegen unmenschliche Haftbedingungen ein. Im Dokumentarfilm «Suspekt» spricht Rambert über seine persönliche Geschichte und die politische Motivation für seine Arbeit.

IWAN SCHAUWECKER

Vor knapp 60 Jahren ereignete sich das grösste Unglück der Schweizer Baugeschichte: Oberhalb der Baustelle des Staudamms von Mattmark bricht der Gletscher ab. 88 Menschen, darunter 56 italienische Saisoniers und 24 Schweizer, werden in ihren Baracken unter den Eismassen begraben und sterben. Der Vater von Bernard Rambert war damals als Ingenieur bei der Planung der Baustelle beteiligt. Nach dem Unglück musste er sich vor Gericht verantworten, wurde aber zusammen mit 12 weiteren Ingenieuren freigesprochen.

Im Dokumentarfilm von Christian Labhart (71) erinnert sich Rambert nicht nur an den Prozess, sondern auch an die Zeit vor dem Unfall, als er mit dem Vater hochalpine Baustellen besuchte. Rambert sagt: «Ich spürte eine Gering-

«Es war normal, dass es Tote gab auf den Baustellen.»

STRAFVERTEIDIGER BERNARD RAMBERT

schätzung für diese Arbeiter, und es war normal, dass es Tote gab auf den Baustellen.» Diese Gleichgültigkeit sei für ihn inakzeptabel gewesen. Persönlich habe er sich über den Freispruch des Vaters gefreut, aber die 88 Toten von Mattmark seien dennoch in schwieriger Erinnerung geblieben.

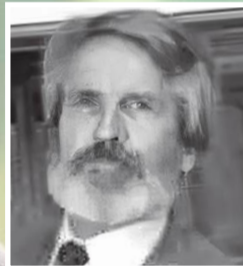
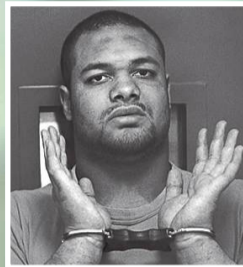
KRAUSE, STÜRM, CAMENISCH, BRIAN

Das Interesse für Gerichtsfälle und soziale Gerechtigkeit war bei Rambert aber bereits vor dem Prozess gegen seinen Vater vorhanden. Im Alter von 14 Jahren lernte er die sozialdemokratische Anwältin Margrit Rodel kennen. Ab da war er vom Beruf und von Fragen des Rechts fasziniert.

1974 machte Rambert das Anwaltspatent. Er wurde bald zum berühmtesten Strafverteidiger der Schweiz. «Suspekt» zeichnet Ramberts wichtigste Gerichtsfälle nach. Zum Beispiel Petra Krause, die 1975 wegen des Verdachts auf Sprengstoff- und Waffenschmuggel mit Verbin-



STRAFVERTEIDIGER BERNARD RAMBERT: Er vertrat unter anderem Marco Camenisch, Brian Keller und Walter Stürm (von oben nach unten). FOTOS: DSCHOINT VENTSCHR



dungen zur RAF in Zürich verhaftet wurde. Rambert vertrat auch Walter Stürm, der als Ausbrecherkönig Berühmtheit erlangte. Auch die Verteidigung von Marco Camenisch prägte den Ruf von Rambert als «Terroristenanwalt». Camenisch verübte 1979 einen Sprengstoffanschlag auf einen Strommast und wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach jahrelanger Flucht wurde ihm der Mord an einem Grenzwächter angelastet, für den er zu weiteren siebzehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Der letzte und aktuell prominenteste Fall von Rambert ist Brian Keller, der insgesamt mehr als drei Jahre in Isolationshaft gehalten wurde.

Regisseur Labhart sagt zum Film: «Rambert wollte keine Homestory, aber meine filmischen Portraits suchen immer auch die Nähe zu den Protagonisten.» Mit «Suspekt» habe er den politischen Film eines Linken über einen Linken gemacht.

Suspekt läuft ab dem 20. Februar in den Deutschschweizer Kinos.

Verlosung: Gratis ins Kino

work verlost 20 Tickets für folgende Kinovorstellungen von «Suspekt»:

- Montag, 17. Februar 2025, Bern
- Dienstag, 18. Februar 2025, 18.30 Uhr, Luzern Stadtkino
- Mittwoch, 19. Februar 2025, 20.15 Uhr, Wetzikon Palace
- Donnerstag, 20. Februar 2025, 18.15 Uhr, Zürich Riffraff
- Samstag, 22. Februar 2025, Mittag, Basel
- Sonntag, 23. Februar 2025, 11.00 Uhr, Uster Qtopia Matinée
- Dienstag, 25. Februar 2025, 20.00 Uhr, St. Gallen Kinok
- Donnerstag, 27. Februar 2025, 20.00 Uhr, Winterthur Cameo

Zur Teilnahme an der Verlosung schreiben Sie ein Mail an redaktion@workzeitung.ch mit dem gewünschten Vorstellungsort und der Anzahl Tickets.

Theater Freie Wahl

«Jeder Mensch hat die Wahl. Verschliesst er die Augen und Ohren und hält den Mund, oder sieht er hin und handelt.» Das sagt die Schulabbrecherin Denise ihrem früheren Lieblingslehrer Bruno, den sie auf der Flucht vor der Polizei im Lehrerzimmer antrifft. Zuvor war sie an einer Demo gegen die zunehmend autoritäre Regierung. Dumm nur, dass Bruno zum Regierungslager gehört, denn seine Frau arbeitet im Innenministerium. Dennoch verbindet die beiden mehr, als es auf den ersten Blick scheint: Denises Ex-Lehrer weiss mehr über ihre inhaftierte Mutter, als er zunächst sagt. Die Hochschulprofessorin und ihr Geliebter stehen unter Verdacht, einen Terroranschlag verübt zu haben. Es beginnt ein verbaler Schlagabtausch um Wahrheit, Gerechtigkeit und Deutungshoheit. Ein thematisch topaktuelles Theater, gut gespielt, anschliessende Diskussionen garantiert.

Freie Wahl von Esther Rölz, Schweizer Erstaufführung im Theater an der Effingerstrasse in Bern, bis am 14. Februar 2025.

Geschichte des Autos «Vroom! Crash!»

Die Erfindung des Automobils hat das Leben der Menschen umgekrempelt. Das Auto setzte weltweit eine rasende Entwicklung in Gang: Strassen und Autobahnen veränderten Dörfer, Städte, ganze Land-



FOTO: DAIMLER

und Gesellschaften. Eine dreiteilige Dokserie von Arte beleuchtet das omnipräsente Gefährt jetzt in detail. Von den Ursprüngen im 19. Jahrhundert bis zur aktuellen Krise der westlichen Autobauer und der Konkurrenz aus Fernost. Von der Ölkrise im Jahr 1973 über die Hoffnung auf einen neuen Wirtschaftsaufschwung durch das Elektroauto setzt sich der beschleunigte Gang der Geschichte bis heute fort.

Vom Motorwagen zum Boliden, dreiteilige Arte-Doku à je 50 Minuten, online unter rebrand.ly/automobil.

Podium zu Inklusion

Was uns behindert

Was brauchen Menschen mit Behinderungen, damit sie unabhängiger und selbstbestimmt werden können? Was, damit sie ihren Weg auch im Beruf gehen können? Wem fehlt was? Und wer ist in der Verantwortung? Darum geht es demnächst an einem Abendpodium in Brugg AG. Auftreten werden Betroffene und Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, darunter Islam Aljaj, Nationalrat und Behindertenaktivist, und Pascale Bruderer, Ex-Ständerätin und Ex-Präsidentin des Dachverbands Inclusion Handicap. Im Anschluss Suppe, Brot und Socializing.

Dienstag, 18. Februar, 17.30 bis 20.30 Uhr, Technopark Aargau, Badenerstrasse 13, 5200 Brugg, Eintritt frei. Rasch anmelden unter tatkraft.org.

workxl der wirtschaft

Noémie Zurlinden



MINDESTLÖHNE SIND EIN BEWÄHRTES MITTEL GEGEN ARMUT

Eine halbe Million Menschen verdienen in der Schweiz einen Tieflohn. Das zeigen die Zahlen der Lohnstrukturerhebung (LSE) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Das BFS definiert Tieflohne als Bruttolöhne, die tiefer als zwei Drittel des Medianlohns von 6788 Franken sind. 2022 entsprach diese Schwelle, auf eine Vollzeitstelle hochgerechnet, 4525 Franken (mal 12) beziehungsweise 4177 Franken (mal 13). Wie die Grafik zeigt, ist ungefähr jede zehnte Stelle eine Tieflohnstelle. Dieser Anteil hält sich hartnäckig und hat sich in den letzten Jahren nicht verringert. In Branchen wie dem Coiffeur- und dem Gastgewerbe verdient sogar jede zweite Mitarbeiterin, jeder zweite Mitarbeiter einen Tieflohn. Besonders stark betroffen sind Frauen und Menschen ohne Schweizer Pass.

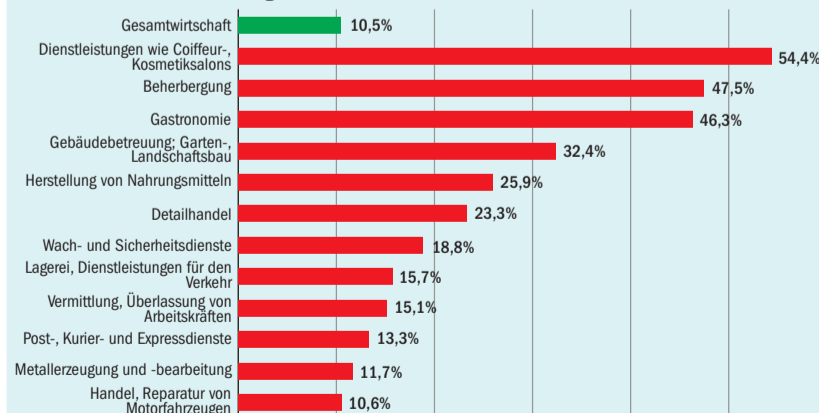
ARMUTSRISIKO. 300 000 Menschen in der Schweiz sind trotz Erwerbsarbeit von Armut betroffen oder bedroht (sogenannte Working Poor). Ein bewährtes Mittel gegen Armut trotz Erwerbsarbeit sind gesetzliche Mindestlöhne.

Anders als in vielen EU-Ländern gibt es in der Schweiz keinen gesetzlichen Mindestlohn. Umso wichtiger sind die Fortschritte in einigen Kantonen und Städten. Mittlerweile gibt es in fünf Kantonen Mindestlöhne: Neuenburg, Jura, Tessin, Genf und Basel-Stadt. In den Städten Zürich, Winterthur und Luzern soll ein städtischer Mindestlohn eingeführt werden. In einigen anderen Kantonen und Städten wurden Mindestlohninitiativen eingereicht.

Arbeitgeber und ihnen nahestehende Politiker führen einen ideologisch geprägten Kampf gegen gesetzliche Mindestlöhne. Ein besonders dreister Angriff ist die Motion des Obwaldner Ständerates Erich Ettl (Die Mitte) mit dem irreführenden Titel «Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen». Diese Motion will gesetzliche Mindestlöhne aushebeln, indem sie tieferen Mindestlöhnen in allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen den Vorrang geben will. Neben praktisch allen Kantonen ist selbst der Bundesrat gegen diese Motion. Trotzdem hat er eine

Gastro-Mitarbeitende und Coiffeusen leiden

Ein Tieflohn ist ein Bruttolohn von weniger als zwei Dritteln des Medianlohns. Die Statistik zeigt den Anteil der Betroffenen nach Branche.



QUELLE: LOHNSTRUKTURERHEBUNG (LSE), BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BFS), 2024

Vorlage ausgearbeitet, die bald im Parlament behandelt wird.

GELEGENHEIT. Umso wichtiger ist es, dass wir uns für gesetzliche Mindestlöhne einsetzen. Gegen die Angriffe der Arbeitgeber und für neue Mindestlöhne in den Kantonen und Städten.

Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich in Basel-Land und Solothurn bereits am 9. Februar (siehe Seite 6), wo die Stimmbewölkerung über die Einführung eines kantonalen Mindestlohns abstimmt.

Noémie Zurlinden ist Ökonomin bei der Unia.



Das offene Ohr

Marina Wyss
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Grenzgänger: Muss ich mich in der Schweiz versichern?

Letzte Woche erhielt ich einen Brief, der mich aufforderte, mich gegen Krankheit in der Schweiz zu versichern. Der Brief kam von der gemeinsamen Einrichtung KVG, und mir wurde eine Frist von drei Monaten genannt, um zu reagieren. Ich wohne in Italien und arbeite schon fast mein ganzes Erwerbsleben lang in der Schweiz als Grenzgänger, und ich war noch nie Krankenversichert in der Schweiz. Muss ich auf das Schreiben reagieren?

MARINA WYSS: Ja. Sie sollten reagieren. Andernfalls riskieren Sie einen Prämienzuschlag oder laufen Gefahr, dass Sie die Kosten für einen Arztbesuch in der Schweiz selber bezahlen müssen. Dies ist so, weil das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz (FZA) auch für Personen, die in der EU wohnen und in der Schweiz arbeiten, eine



FÜR DEN ARZTBESUCH: Wer in der Schweiz arbeitet, muss sich auch hier versichern. FOTO: ADOBE STOCK

Versicherungspflicht vorsieht. Dazu gehören insbesondere Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Sie können sich unter gewissen Voraussetzungen von der Versicherungspflicht befreien lassen. Unter anderem sieht das Freizügigkeitsabkommen vor, dass sich Personen aus angrenzenden Staaten in ihrem Wohnland versichern können. Mehr Informationen finden Sie unter rebrand.ly/versicherung-grenzgänger.

Krankenkasse: Wozu die anderen Abzüge?

Wieso muss ich eine Versicherung bei einer Krankenkasse abschliessen, wenn von meinem Lohn direkt hohe Abzüge gemacht werden? Ich dachte, ich sei für Ausfälle infolge medizinischer Probleme versichert. Als ich vor einem Jahr einen Unfall hatte, wurde mir ein Taggeld ausgezahlt und wurden auch die Behandlungskosten im Spital von der Suva übernommen. Ist es legal, dass mir meine Arbeitgeberin in der Lohnabrechnung einen Krankentaggeldabzug macht?

MARINA WYSS: Ja, sofern die Arbeitgeberin Sie für die Folgen eines Erwerbsausfalls aufgrund einer Krankheit bei einer kollektiven Krankentaggeldversicherung (KTG) versichert hat. Eine solche versichert allerdings nur den Lohnausfall bei Krankheit. Die KTG übernimmt keine Behandlungskosten. Es ist die Krankenversicherung, die die Kosten von Diagnosen und Behandlungen von Krankheiten übernimmt. Diese ist für alle in der Schweiz wohnhaften Personen und in gewissen Fällen (siehe oben) auch für Personen, die in Ausland wohnen, aber in der Schweiz arbeiten, obligatorisch. In der Schweiz wird zwischen Krankheit und Unfall unterschieden. Sie hatten vor einem Jahr einen Unfall. Die Unfallversicherung ist für alle Arbeitnehmerinnen und -nehmer obligatorisch und übernimmt – im Unterschied zur obligatorischen Krankenversicherung – nicht nur die Behandlungskosten im Spital, sondern zählt auch ein Unfalltaggeld für den Lohnausfall. Die Unfallversicherung bezahlt der Arbeitgeber für alle, die pro Woche mehr als acht Stunden arbeiten.

Den Pensionskassenausweis verstehen: Machen Sie mit bei unserem Quiz!

Sind Sie fit in Sachen Vorsorge ausweis?

Der Vorsorgeausweis ist für viele ein Mysterium. Da stehen Zahlen und Begriffe, die nicht gerade geläufig sind. Ihnen auch nicht? Oder wissen Sie Bescheid, was es auf sich hat mit dem projizierten Altersguthaben und Vorsorgelücken? Machen Sie unseren Test, dann wissen Sie, wo Ihre Vorsorge-, äh Wissenslücken, sind.

MARIA KÜNZLI

Was ist eigentlich ein Vorsorgeausweis?

- 1.** a) Damit informieren die Pensionskassen jährlich über die Leistungsansprüche und den versicherten Lohn und geben einen Überblick über das voraussichtliche Altersguthaben.
b) Alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler können mit dem Vorsorgeausweis einmal pro Jahr einen kostenlosen Gesundheitscheck durchführen lassen.
c) Das ist ein Ausweis für Pensionärinnen und Pensionäre. Damit profitieren sie schweizweit von Vergünstigungen, zum Beispiel im Coop-Restaurant.

Wie wird der Vorsorgeausweis auch genannt?

- 2.** a) Pensionskassenausweis und Seniorenkarte.
b) Rentnerkarte und Greisenchein.
c) Versicherungsausweis und Pensionskassenausweis.

Welche Information muss im Vorsorgeausweis enthalten sein?

- 3.** a) Sicher die Telefonnummer von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider.
b) Das definitive Altersguthaben zum Zeitpunkt der Pensionierung.
c) Informationen zum Einkauf.

Was bedeutet der Begriff Finanzierung in Zusammenhang mit dem Vorsorgeausweis?

- 4.** a) Die Finanzierung informiert über die Möglichkeiten, mit dem vorhandenen Pensionskassenguthaben ein mögliches Eigenheim zu finanzieren.
b) Die Finanzierung gibt Auskunft darüber, wie hoch Ihr Bei-

trag an die Personalvorsorge ist. Die Differenz zu den Totalkosten muss die Firma berappen. Vom gesamten Betrag darf Ihnen höchstens die Hälfte belastet werden, der Rest liegt bei der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber.
c) Unter dem Begriff Finanzierung informiert Sie Ihre Pensionskasse darüber, wie hoch die Lebenshaltungskosten im letzten Jahr in der Schweiz waren, und macht eine Hochrechnung für das aktuelle Jahr.

Was ist eine Vorsorgelücke?

- 5.** a) Mit Vorsorgelücke, auch Versorgungslücke genannt, ist ein Zeitraum gemeint, indem bestimmte Lebensmittel oder andere Güter in der Schweiz knapp zu werden drohen, zum Beispiel Masken und Toilettenpapier während der Coronazeit.
b) Um nach der Pensionierung den gewohnten Lebensstandard halten zu können, reichen die Beiträge aus AHV und Pensionskasse in aller Regel nicht aus. Das, was fehlt, um die gewohnte Lebenshaltung zu ermöglichen, nennt man Vorsorgelücke.
c) Das Wort ist falsch geschrieben: Es heisst Vorsorgelücke.

Was ist mit dem Drei-Säulen-Prinzip gemeint?

- 6.** a) Das Schweizer Vorsorgesystem basiert auf diesem Prinzip: Die erste Säule ist die staatliche Vorsorge (AHV) und hat zum Ziel, den existentiellen Minimalbedarf abzudecken. Die zweite Säule ist die berufliche Vorsorge (BVG). Die dritte Säule, genannt Säule 3a, ist die private Vorsorge und funktioniert nach dem Prinzip einer Sparkasse.
b) Die drei Säulen sind die drei Staatsgewalten: Legislative, Exekutive und Judikative.

WORKTIPP

FRAUEN & RENTEN

Altersarmut ist weiblich, das ist hinlänglich bekannt. Warum das Schweizer Altersvorsorgesystem Frauen massiv benachteiligt und weitere spannende Fakten erfahren Sie in den Faktenblättern und Informationen von «Economiefeministe». Die Plattform für feministische Ökonomie vermittelt auf verständliche Art ökonomisches Wissen aus feministischer Perspektive. Hier finden Sie die Faktenblätter zur Altersvorsorge: rebrand.ly/faktenblaetter-frauenrenten.

c) Die drei Säulen sind das, was man braucht, um den Vorsorgeausweis zu verstehen: Zeit, gute Augen oder eine Lesebrille und Geduld.

Wann stimmt das Schweizer Volk dem Drei-Säulen-Konzept zu?

- 7.** a) Gar nicht.
b) Am 8. Februar 1980.
c) Am 3. Dezember 1972.



A, B ODER C: Nach dem work-Quiz dürften einige Fragezeichen zum Vorsorgeausweis verschwinden sein. FOTO: GETTY IMAGES

Wann wird der Vorsorgeausweis zugestellt?

- 8.** a) In der Regel am Anfang des Jahres.
b) Nur auf Anfrage.
c) Nach der Pensionierung jeweils Ende Monat.

Was versteht man unter dem projizierten Altersguthaben?

- 9.** a) Damit ist das manifestierte Altersguthaben gemeint: Schliessen Sie die Augen und denken Sie ganz fest an Ihr zukünftiges pensionier-

tes Ich. Sehen Sie es vor sich? Stellen Sie sich in einer gemütlichen Wohnung vor, es geht Ihnen gut, das Kaminfeuer knistert, die Enkelkinder spielen friedlich, und die Rente reicht wunderbar zum Leben.
b) Das projizierte oder hochgerechnete Altersguthaben ist das Guthaben, das Sie zu Ihrer Pensionierung voraussichtlich erwarten dürfen. Ihr aktuell vorhandenes Altersguthaben wird zusammen mit den jährlichen Altersgutschriften bis zum ordentlichen Pensionierungsalter hochgerechnet. Basis für die Berechnung ist Ihr aktueller Lohn.

c) Unter dem projizierten Altersguthaben versteht man den Grundbedarf einer in der Schweiz wohnhaften und pensionierten Person.

Was bedeutet BSV?

- 10.** a) Bernischer Schlittenhundeführerinnen- und -führerverband.
b) Bündner Strick-, Stick- und Häkelverein.
c) Bundesamt für Sozialversicherungen.

Lösungen:
1a, 2c, 3c, 4b, 5b, 6a, 7c, 8a, 9a, 10c (mk)

OFFENE FRAGEN HAKEN SIE NACH!

Der Vorsorgeausweis ist ein Begriffs- und Zahlensdünkel. Wer nicht vom Fach ist, hat in der Regel Mühe, ihn zu verstehen. Kommt dazu: Es gibt viele verschiedene Pensionskassenmodelle, weil es eine Vielzahl an überobligatorischen Leistungen gibt. Denn das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ist ein sogenanntes Minimalgesetz. Es legt die Leistungen fest, die jede Pensionskasse mindestens erfüllen muss. Dieses Minimum ist der obligatorische Teil. Gehen die Leistungen der Vorsorgeeinrichtung darüber hinaus, werden sie überobligatorisch genannt.

HILFE UND GLOSSAR. Informationen zu den Regelungen Ihrer Pensionskasse erhalten Sie mit dem Vorsorgeausweis und im Pensionskassenreglement. Die meisten Pensionskassen bieten online Hilfe an, um den Vorsorgeausweis zu verstehen. Hilfreich sind zum Beispiel die Lernvideos von Profond (rebrand.ly/lernvideos-vorsorgeausweis). Sie können sich aber auch direkt bei Ihrer Vorsorgeeinrichtung melden. Sie ist verpflichtet, Ihnen Auskunft zu geben. Fragen Sie nach, bis Ihnen alles klar ist. Schliesslich ist es Ihr Geld, das die Pensionskasse verwaltet! Verstehen Sie einzelne Begriffe nicht? Vielleicht hilft das Glossar des Bundesamtes für Sozialversicherungen weiter: rebrand.ly/glossar-bsv. (mk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Internet: Diese Browser sammeln wenig Daten

Internetbrowser wie Chrome von Google oder Edge von Microsoft sammeln viele persönliche Daten. Zudem ist bei diesen Browsern der bekannte und gute Werbeblocker uBlock Origin demnächst verboten. Doch es gibt Alternativen mit guter Privatsphäre und ohne störende Werbeeinblendungen: Firefox bietet die beste Mischung aus einfacher Bedienung, einer hohen Sicherheit beim Surfen und zusätzlichen Funktionen. Das Layout des Browserfensters lässt sich leicht anpassen. Zudem gibt es eine sehr grosse Auswahl an Erweiterungen. **Es gibt Alternativen mit guter Privatsphäre zu Chrome & Co.** Duckduckgo schützt Ihre Privatsphäre am besten. Der Browser speichert keine Cookies – also keine Textdateien, die das Benutzerverhalten ausspionieren. Ein Werbeblocker ist eingebaut. Ein einzelner Klick löscht alle Daten, die sich beim Surfen ansammeln, so etwa den Verlauf der besuchten Seiten. Die Suchmaschine von Duckduckgo speichert weder Verlauf noch Benutzerprofil. Ein Duck Player für Youtube-Videos blendet die meiste Werbung aus. Ein Nachteil ist, dass es keine zusätzlich installierbaren Erweiterungen gibt. **STANDORT VERBERGEN.** Der Opera-Browser hat als einziger eine kostenlose VPN-Funktion integriert, mit der man beim Surfen seinen Standort verbergen kann. Zudem bietet der Browser viele Anpassungsmöglichkeiten bei der Darstellung. Eine Seitenleiste erlaubt den Schnellzugang zu Apps wie WhatsApp oder Chat GPT. Die Datenschutzeinstellungen sind bei Opera standardmässig zu lasch eingestellt. Man sollte manuell einen besseren Schutz einstellen und zum Beispiel Cookies von Drittanbietern blockieren lassen. MARC MAIR-NOACK, THOMAS SCHWENDENER



SPEICHERT KEINE COOKIES: Duckduckgo schützt Ihre Privatsphäre. FOTO: SHUTTERSTOCK

Sommerferien mit Reka: Wer jetzt schon bucht, kann von speziellen Meer oder Berge? Familienoase oder Paarferien?

Der Sommer ist noch weit weg? Es geht schneller, als Sie denken! Und wer jetzt schon bucht, profitiert bei vielen Reka-Angeboten von einem Frühbucherrabatt. Ein paar Tipps.

MARIA KÜNZLI FÜR FAMILIEN. Manchmal bräuchten Eltern nach den Familienferien erst recht Ferien – für sich selbst. In der **Reka-Ferienanlage Magadino** besteht zumindest die Chance, dass die Ferientage für die Eltern ebenso entspannend sind wie für die Kinder. Denn hier, hoch über dem Lago Maggiore, gibt es einiges zu erleben, das auch Erwachsenen Spass macht: Direkt vor der Haustüre gibt es Wanderwege, Biketrails, am Seeufer kann gebadet und Wassersport betrieben werden. Bellinzona mit seinen



MAGADINO. FOTO: PD

drei Schlössern erreichen Sie in 30 Minuten Fahrzeit. In der Ferienanlage gibt es einen Pool, einen Spielplatz, und Babyartikel können kostenlos gemietet werden. Mehr Infos: rebrand.ly/reka-magadino

FERIEN AM MEER. In der Nähe von Tarragona in Katalonien liegt Calafell. Der **Campingplatz Vendrell Platja** grenzt direkt an den fast 10 Kilometer langen Sandstrand. Hier gibt es rund 170 Bungalows

und 30 Safarizelte, einen Supermarkt, eine Wäscherei sowie ein Restaurant, eine Cafeteria und eine Snackbar. Das Stadtzentrum von Calafell mit Einkaufsmöglichkeiten, Bars und Restaurants ist rund 1,5 Kilometer entfernt. In der Anlage gibt es ein überwachtes Süswasserschwimmbad mit Kinderbecken und Rutschbahnen, kostenlose Liegestühle am Pool und am Sandstrand. Kinder kommen hier voll auf ihre Kosten: mit Kinderspielpätzen, einem Spielzimmer, Kinderanimation, einem Miniclub mit Basteln und Mindisco (6–12



CALAFELL. FOTO: PD

Jahre), einem Teensclub, Fitnessclub und Abendunterhaltung. Mehr Infos unter: rebrand.ly/reka-vendrellplatja

IN DEN BERGEN. Wer die Hitze meidet, ist im Sommer in Leukerbad am Fuss des Gemmipasses gut aufgehoben. Das **Ferienhaus Schöllli** liegt direkt neben dem Thermalbad «Walliser Alpentherme

In Magadino sind die Ferien für Eltern und Kinder entspannend.

& Spa». Mit seinen 14 Wohneinheiten, die Platz für 2 bis maximal 7 Personen bieten, ist es perfekt

Rabatten profitieren Paarferien?



LEUKERBAD. FOTO: REKA

für Familien, kleine Gruppen und Paare. Die Zimmer sind schlicht und zweckmässig eingerichtet und grösstenteils mit Balkon. Die Lage ist ruhig und trotzdem nahe an Einkaufsmöglichkeiten und Restaurants. Bis zur Talstation der Torrentbahn sind es etwa 400 Meter. Direkt beim Ferienhaus gibt es einen Garten mit Grillplatz zur Mitbenutzung und eine Garage (gegen Gebühr). Mehr Infos unter: rebrand.ly/reka-leukerbad

FÜR PAARE. Wie wär's mit Korsika? Die gehobene Ferienanlage **Santa Giulia Palace** in Porto Vecchio liegt leicht erhöht und bietet einen wundervollen Blick aufs Meer. Hier gibt es

Hier gibt es einen Pool, der Erwachsenen vorbehalten ist.

verschieden grosse Appartements in einem 10 Hektaren grossen Park mit einem Pool und zwei beheizten Schwimmbädern. Ein Becken ist Erwachsenen vorbehalten (ab 12 Jah-



PORTO VECCHIO. FOTO: PD

ren). Zum Strand sind es je nach Unterkunft zwischen 450 und 800 Meter. Es können Massagen und Wohlfühlbehandlungen gebucht werden, Tennisanlage und Golfplatz sind nicht weit. Auto empfohlen.

Mehr Infos unter: rebrand.ly/reka-korsika

Reka-Rabatt für Unia-Mitglieder: rebrand.ly/unia-rekarabatt

FERIEN MIT HUND TIERE ERLAUBT

Für die meisten Hundehalter ist klar: Das Tier muss mit in die Ferien. In vielen Reka-Ferienanlagen sind Hunde erlaubt. Zum Beispiel in Bergün. Hier gibt es Ferienwohnungen speziell für Hundehalterinnen und Hundehalter. In idyllischer Berglandschaft fühlen sich auch Vierbeiner pudelwohl. Sie können wandernd das Unesco-Bahmland mit den vielen Viadukten entdecken und abends im Hallenbad entspannen – das allerdings besser ohne Hund. Mehr Infos: rebrand.ly/reka-berguen

Abkürzungen Was heisst QR?

Wir nutzen Abkürzungen, ohne zu wissen, wofür sie eigentlich stehen. work klärt auf.

QR. Spätestens seit in der Schweiz die Rechnungen mit QR-Code eingeführt wurden, ist QR in aller Munde. Doch was heisst das eigentlich? QR steht für «Quick Response», also «schnelle Antwort».
GmbH. Die Rechtsform für Unternehmen ist eine Mischung zwischen einer AG und einer Kollektivgesellschaft. Die Abkürzung steht für «Gesellschaft mit beschränkter Haftung».
USB. Mit einem USB-Stick lassen sich Daten von einem Computer auf einen mobilen Stick kopieren. USB heisst ausgeschrieben «Universal Serial Bus».
UBS. Gleiche Buchstaben, ganz andere Bedeutung. Die Schwei-

zer Grossbank UBS. Ursprünglich stand die Abkürzung für «Union de Banques Suisses» und wurde später zu «Union Bank of Switzerland». Seit 1998 heisst die Bank nur noch UBS.
SMS. Die Abkürzung für Textnachrichten heisst ausgeschrieben «Short Messaging Service».
CEO. Wir wissen alle – zumindest ungefähr –, was ein CEO ist, doch wofür steht die Abkürzung? Für «Chief Executive Officer».
CC. Jemanden ins CC nehmen ist keine komplizierte Sache. «CC» steht für «Carbon Copy» und bedeutet, dass ein E-Mail an einen zusätzlichen Empfänger kopiert wird.
ALT GR. Wer regelmässig am Computer arbeitet, benutzt auch regelmässig die Taste «ALT GR». Die Abkürzung steht für «Alternative Grafik» oder «Alternate graphic». (mk)

workrätsel Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina in Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 1
Das Lösungswort lautete: REFERENDUM



seitens- te Blut- gruppe			Tennis- platz (engl.)	neuseel. National- vogel	uneben, holprig			Form des Aus- drucks	ind. Heil- u. Gewürz- pflanze	ital. Tonbez. für das A	ring- förmige Korallen- insel		metall- haltiges Mineral		zement- artiger Baustoff	seidiger Baum- woll- stoff	wenn, zu der Zeit	Abk.: Bundes- verfas- sung
Embargo								Not- signale							umstritten: Digital- radio			
Unter- haltung	unterird. Ver- kehrs- mittel		kleinste orga- nische Einheit		benutzt: zum ... gekom- men						10		zittern		Berg im Kt. GR: Piz ...			
								nicht gesund		kleine Metall- ringe		Hoch- kon- junktur Mz.				7		Gelände- erhe- bungen
					bösart. Compu- terpro- gramm		ver- dicke Wurzeln		9						Nahrung zu sich nehmen		pingelig, über- genau	
klösterl. Stift		zum Alter- tum ge- hörend		Teil e. Ganzen, 25%								offene Flammen		Zitter- pappel				
flache Nordsee- insel						3	bäuerl. Nutz- land		Wiesen- mäh- gerät		Raum- öffnung							
				Einglas			Geltung, Ruf							sehr würzig		Nasal- laut		5
brit. Prin- zessin	Rätsel mit Zahlen		stechen- de Insekten									Sprecher		Leitung bei Film- aufnah- men				
Gär- futter- behälter Mz.					Teil d. Arzttitels			eng ver- bunden, vertraut		Wein- stöcke						Musik- festival in Nyon		Was sich liebt, das ... sich.
			Halbaffe auf Mada- gaskar		Hand- werker- titel								Übrig- blei- bendes		internat. Autoren- verband			
parlam. Untersu- chungs- komm.		Stil- richtung								von Olig- archen geführt		Bücher- gestelle			6			
undurch- sichtig				4	Doppel- vokal		Person- alpro- nomen		tief gelegen						Initialen e. CH- Tennis- spielers		Geliebte des Zeus	
20-Jahre ... der Unia		höchster Vulkan Hawaiis			jene hier								Arbeits- kampf				1	
									Medi- ziner, Heil- kundiger					engl.: Fuss				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 20. Februar 2025

DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im Hotel Belvedere in Grindelwald BE hat gewonnen: Urs Studer, Olten.
Herzlichen Glückwunsch!

UNIA

Umfrage Holzbranchen

Holz hat Zukunft – gestalte sie mit!

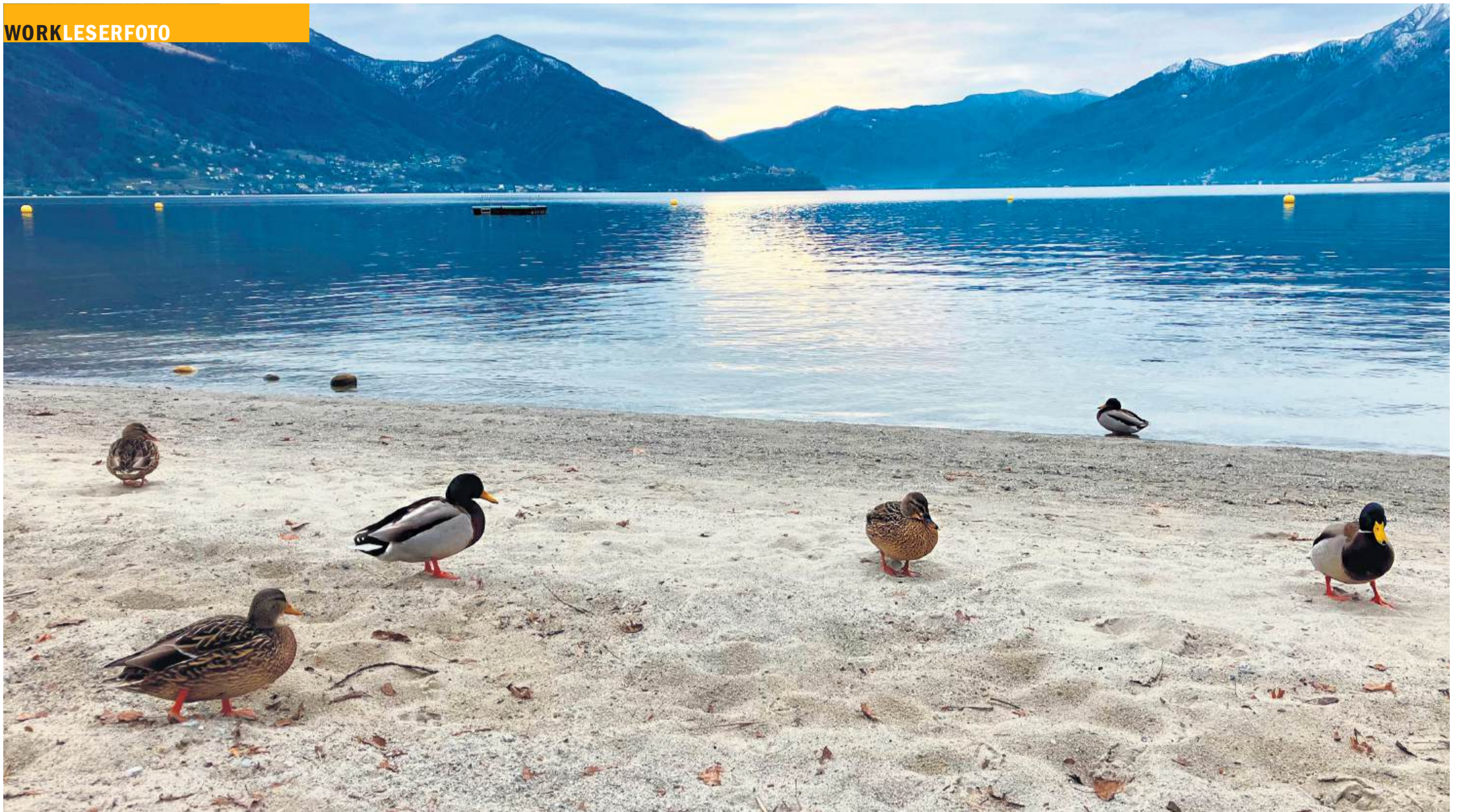
Der Holzbau und das Schreinerergewerbe boomen, doch die Arbeitsbedingungen können nicht mithalten. Viele Fachkräfte orientieren sich deshalb um. Bald werden die Anstellungsbedingungen neu verhandelt: Was muss sich deiner Meinung nach verbessern?

Umfrage ausfüllen und mit etwas Glück eine Übernachtung für zwei in der Schweiz gewinnen!

Jetzt Umfrage ausfüllen und gewinnen!



WORKLESERFOTO



Warten auf das Badewetter

WANN 8. Januar 2025
 WO Ascona TI
 WAS Enten am Strand
 Eingesandt von Ruth Bärtschi, Obergerlafingen SO

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 1 / 23.1.2025: 10-MILLIONEN-INITIATIVE DER SVP IST GEFAHRLICH

Dummes rechtes Zeug

Ja, die Bevölkerung in der Schweiz ist gewachsen. Zum Glück, sonst hätten wir zum Beispiel monatelange Wartezeiten für alle, die nicht reich sind. Und die meisten Restaurants müssten – so sie denn offen blieben – auf Selbstbedienung umstellen. Und ja, die Wohnungen in vielen Teilen des Landes sind knapp und überall teurer geworden. Der Platz in den Trams, S-Bahnen und Zügen ist einige Male pro Tag sehr knapp. Jetzt wollen uns die SVP-Milliardäre und ihre journalistischen Helfershelfer weismachen, daran seien «die Ausländer schuld». Doch wer seinen gesunden Menschenverstand braucht, sieht: Die Mieten sind zu hoch, weil die Immo-Haie pro Jahr bis 10 Milliarden Franken gesetzeswidrig zu viel kassieren. Das heisst: Jede Mieterin und jeder Mieter bezahlt im Durchschnitt durchschnittlich 370 Franken zu viel für «seine» Wohnung – pro Monat. Die

Infrastruktur im ÖV stösst dort an Grenzen, wo die bürgerlichen Mehrheiten in Bund und Kantonen lieber die Steuern für Reiche und Firmen gesenkt haben, statt die Infrastruktur des Service public zu unterhalten. Dass während vieler Jahre an der SBB-Spitze Figuren standen, die unbedingt über 1 Million Franken pro Jahr kassieren wollten (und bekamen) und gleichzeitig einfach rummänätscherlen, sich in den Medien und auf Empfangen als grosse Innovatoren inszenierten. Doch am Ende des Tages beziehungsweise der Amtszeit, blieben untaugliche Schüttelzüge und eine vernachlässigte Infrastruktur zurück. Es ist also ein Irrtum zu meinen, «die Ausländer» seien an allem schuld. Das haben wir «Eidgenossen» schon ganz alleine geschafft. Ganz im Unterschied zur ganzen Arbeit, die wir nur dank Menschen ohne Schweizer Pass überhaupt erledigt bekommen. Ich finde es richtig und ganz wichtig, dass die Gewerkschaften hier – deutlicher als jede Partei – Klartext reden: Denn der SVP geht es weder um Búezerlöhne noch um eine intakte Umwelt, weder um tragbare Mieten noch um bezahl-

bare Krankenkassenprämien. Es geht den Milliardären an ihrer Spitze einzig um den Profit der Reichen und Superreichen. Und die sind noch grösser, wenn man die Lohnabhängigen gegeneinander ausspielen und dank rechtlosen Saisoniers auch die Löhne der Schweizerinnen und Schweizer drücken kann.

WORKZEITUNG.CH / 24.1.2025: SERBIENS STUDIERENDE BRINGEN DAS LAND ZUM STILLSTAND

So viel!

Das eingestürzte Vordach beim Bahnhof war nur der letzte Tropfen im bereits überfüllten Glas. Es geht unter anderem um extreme Korruption, Rio Tinto und Lithiumausgrabungen, Mediendiktatur, Regierungslügen und und...

Kein Guter

Korruption überall! Wenn der Präsident ein guter wäre und es dem Volk gutginge, würde es nicht protestieren. Der Präsident ist mehr im Fernsehen, als dass er seinen Pflichten nachgeht!

Da ist mehr

Endlich nimmt sich ein Medium der hiesigen Medienlandschaft des Themas an. Es geht um weitaus mehr – dig deeper! Auch gegen die drohenden Lithiumgrabungen (Rio Tinto) erhebt sich das Volk (die Jugend) seit Monaten. Scholz und die EU lassen grüssen. Doch «hier»

im Westen hört man nichts davon. Also los... rein in die Menge und eine Reportage bitte.

WORKZEITUNG SOCIAL MEDIA: HITLERGRUSS VON ELON MUSK

Der braucht einen Coach

Boah ey! Das ist mal wieder ein Beweis dafür, dass man sich als öffentliche Person zuerst überlegen sollte, welche Gesichts-/Körperentgleisungen angebracht sind. Genügend finanzielle Mittel für einen Coach bezüglich öffentlicher Auftritte sollten ja gegeben sein!

WORKZEITUNG.CH / 28.1.2025: BELGIEN STÄRKT RECHTE VON SEXARBEITERINNEN

Ich gönne es ihnen

Das ist das älteste Gewerbe der Welt. Jetzt sind einfach die Konditionen besser, und die Frauen sind besser geschützt. Wer mag das den Sexarbeiterinnen nicht gönnen? Wenn jemand mit dem Gewerbe nicht einverstanden ist, sollte er auf die Kundschaft wütend sein, nicht auf die Service-Provider.

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@workzeitung.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Dominice Häni: Gewalt gehört zum Alltag der «Forensic Nurse»

In ihrem Job ist sie den Opfern nah

Pflegefachfrau Dominice Häni (41) leitet die «Forensic Nurses» des Kantons Zürich. Sie untersucht Gewaltbetroffene und unterstützt Ärztinnen und Ärzte bei der Spurensicherung.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS MICHAEL SCHOCH

Aus ihrem Büro auf dem Gelände der Universität Zürich blickt Dominice Häni über den weitläufigen Irchelpark. Hier am Institut für Rechtsmedizin führt sie ein Team mit acht Pflegefachfrauen der Zürcher Gewaltschutz-Ambulanz. Die Spitäler des Kantons Zürich melden sich, wenn eine gewaltbetroffene Person ihre Dienste in Anspruch nehmen will. Häni sagt: «Auch Privatpersonen können uns anrufen, wir sind rund um die Uhr auf einer 0800er-Nummer erreichbar.» Hausbesuche würden sie und ihr Team allerdings keine machen. Die Untersuchungen und die Spurensicherung finden immer im Spital statt.

GEWALT ERKENNEN. Häni sagt: «Die Spitäler sind froh, wenn wir kommen, denn bei Sexualdelikten dauert eine Notaufnahme mit der Untersuchung oft mehrere Stunden.» Auf der Notaufnahme könnten Opfer von häuslicher Gewalt und von Vergewaltigungen ohne ihre Unterstützung häufig nicht ausreichend betreut und untersucht werden. Häni und ihr Team haben das Wissen und die Zeit, um sich um die Opfer zu kümmern. Sie sagt: «Wir bieten ein niederschwelliges Angebot und sichern die Spuren, auch wenn das Gewaltopfer keine Anzeige erstatten will.»

Als «Forensic Nurse» nimmt sie DNA-Proben, fotografiert Blutungen oder Kratzspuren. Bei Sexualdelikten findet zudem eine gynäkologische Untersuchung mit forensischer Spurensicherung durch eine Ärztin oder einen Arzt statt.

OPFERBERATUNG. «Wir organisieren auch die weitere Betreuung und klären ab, ob die Person weiterhin bedroht ist und ob sie in ein Frauenhaus gehen muss», erklärt Häni. In der Regel empfiehlt Häni nach einem gewalttätigen Übergriff auch zeitnah den Besuch einer Opferberatungsstelle.

Das Angebot des Teams der «Forensic Nurses» existiert erst seit knapp einem Jahr. Der Kanton Zürich hat es als dreijähriges Pilotprojekt ins Leben gerufen. Der Dienst ist eine Massnahme zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Die Schweiz hat diesen Vertrag unterzeichnet und sich damit verpflichtet, mehr gegen häusliche und sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen zu tun. Häni sagt: «Gewalt wird es immer geben, darüber sollten wir sprechen und den Betroffenen mehr helfen.»

VOM KV ZUR PFLEGE. Nach ihrer KV-Lehre hatte Häni zunächst bei einer Versicherung gearbeitet. Doch nach einigen Jahren merkte sie, dass sie in diesem Beruf gelangweilt war und sich im Alltag mehr direkten Kontakt mit Menschen wünschte.

Deshalb entschied sie sich für eine zweite Lehre zur Pflegefachfrau. Häni sagt: «Der Pflegeberuf gibt mir ein gutes Gefühl, weil ich andere Menschen unmittelbar unterstützen kann.»

Die Zeit auf der Notaufnahme im Stadtspital Zürich, wo sie nach ihrer Lehre arbeitete, war aber nicht nur erfüllend, sondern häufig auch sehr stressig. Häni sagt: «Wir hatten nicht nur mit dem chronischen Personalmangel zu kämpfen, es war auch die sehr belastende Zeit während der Coronapandemie.» Während sie auf der überlasteten Intensivstation arbeitete, demonstrierten draussen vor dem Spital manchmal Trychler und Coronaskeptiker. Auch wenn sie sonst nicht schnell aus der Fassung zu bringen sei, hätten sie solche Situationen sehr mitgenommen. In dieser Zeit entschied sich Häni auch für die Weiterbildung zur «Forensic Nurse» und absolvierte ein Certificate of Advanced Studies.

ARBEIT MIT DEN TOTEN. Nicht nur die Lebenden gehören heute zu Hänis Arbeitsalltag. Im Keller des Instituts liegen die Verstorbenen. Häni sagt: «Wir unterstützen die Gerichtsmediziner manchmal bei der Obduktion der Leichen, da geht es um die Feststellung der Todesursache.» Dies sei eigentlich kein klassisches Arbeitsgebiet einer «Forensic Nurse», aber Teil ihres Jobs am Institut für Rechtsmedizin. Sie sagt: «Wir helfen mit dem Drehen der Toten oder auch mit dem Fotografieren und der Dokumentation der Spuren.» Auch diese Arbeit hat für Häni schöne Seiten: «Bei der Arbeit mit den Toten wird nicht gehetzt gearbeitet, die Zeit bleibt

stehen, und alles wird relativiert, alles fällt an seinen Platz zurück.»

UMGANG MIT TRAUMATA. Es gebe aber auch Situationen, in denen sie überfordert sei, dann sei es wichtig, die eigenen Grenzen zu kennen und auch mal Nein zu einer Aufgabe sagen zu können. Häni sagt: «Die grösste psychische Belastung bringt die Arbeit mit gewaltbetroffenen Kindern, die

oft lebenslange Traumata erleiden.» Zu Traumareaktionen hat Häni in ihrem Job viel gelesen und gelernt: «Gewalterlebnisse können Flashbacks produzieren, bei denen die Betroffenen die Raum- und Zeitwahrnehmung völlig durcheinanderbringen.» Häni ist fasziniert von der Funktionsweise der Organe, insbesondere des Gehirns. Sie sagt: «Alles, was ich sehe, will ich möglichst auch verstehen.»



DOMINICE HÄNI

YOGA, SURFEN & KRIMI

Dominice Häni lebt mit ihrem Mann und ihren zwei Töchtern in einer Wohnung mit Aussicht über die Stadt Zürich. Als leitende «Forensic Nurse» am Zürcher Institut für Rechtsmedizin verdient sie 7300 Franken pro Monat brutto. In ihrer Freizeit steht Häni oft auf der Yogamatte und geht regelmässig ins Schwimmbad. Wenn die Kinder im Bett sind, liest Häni gerne skandinavische Krimi und Liebesromane. Auf dem Weg zur Arbeit hört sie den Podcast «Stimmen im Kopf». Da geht es um Übersinnliches und die Verarbeitung von Gedanken und Erlebnissen während des Schlafs.

DER TOD. Um ihre mentalen Batterien aufzuladen, zieht es Häni in die Natur, in den Wald, die Berge oder ans Meer. Zum Beispiel an die französische Atlantikküste, wo sie mit ihrer Familie möglichst jedes Jahr zum Wellensurfen hinfährt. In ihrem Job ist Häni häufig mit Gewalt-erlebnissen und dem Tod konfrontiert. Als Jugendliche hatte sie grosse Mühe mit der Vorstellung des Todes, heute hat sie ihre Meinung dazu revidiert: Der Tod steht für Veränderung, und das Bewusstsein für die Endlichkeit des eigenen Lebens hat für sie auch eine befreiende Wirkung.

SPURENSICHERUNG UND LITERATUR:

Zur Arbeit einer «Forensic Nurse» gehört es auch, DNA-Proben zu nehmen und sich stets neues Wissen anzulesen.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fähmi, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler, Noémie Zurlinden. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.